

ZUR SITUATION DER DEUTSCHEN IN MITTELEUROPA

– Tagungsband –

Symposium der
Konrad-Adenauer-Stiftung
und der Landesselbstverwaltung der
Ungarndeutschen
vom 30. Oktober 2014
in Pécs/Fünfkirchen, Ungarn

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Auslandsbüro Ungarn
Mai 2015



Zur Situation der Deutschen in Mitteleuropa

Tagungsband des Symposiums „Zur Situation der Deutschen in Mitteleuropa“ der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen vom 30. Oktober 2014 in Pécs/Fünfkirchen

Eigenverlag

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Auslandsbüro Ungarn
Batthyány u. 49
1015 Budapest

Herausgeber

Frank Spengler
Otto Heinek

Beiträge

Frank Spengler
Otto Heinek
Klaus Weigelt
Dr. Zsuzsanna Gerner
Hans Dieter Korbel
Benjamin Józsa
Ján König
Bernard Gaida
Rudolf Weiss
Zorislav Schönberger

Redaktion

Bence Bauer LL.M.
Henning Richter
Dóra Appel

Lektorat

Julia Steffenfauseweh
Krisztina Mujzer-Varga
Axel Hausin

Abbildungsverzeichnis

S. 7, 9, 21, 26, 33, 38, 42, 47, 53: © Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., László Tóth
S. 10 oben: Peter Palm, Berlin
S. 10 unten: Andreas Toscano del Banner, München
S. 11: Konstantin Zigmann, Bremen
S. 12 unten: Andreas Toscano del Banner, München
S. 13: Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart

Titelbild

© Ingrid Manz

Dieses Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme. Nicht in allen Fällen konnten die Inhaber der Bildrechte vollständig ermittelt werden. Noch bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich abgegolten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht automatisch die Meinung des Verlegers, der Herausgeber oder der Redaktion wieder.

© Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISBN: 978-963-89918-7-4

www.kas.de/ungarn

Inhaltsverzeichnis

Programm der Konferenz	4
Vorwort <i>Frank Spengler und Otto Heinek</i>	7
Zur Situation der verbliebenen Deutschen im Osten Europas <i>Klaus Weigelt</i>	9
Zur Situation der Deutschen in Ungarn <i>Dr. Zsuzsanna Gerner</i>	21
Tschechien <i>Hans Korbel</i>	26
Rumänien <i>Benjamin Józsa</i>	33
Slowakei <i>Ján König</i>	38
Kroatien <i>Zorislav Schönberger</i>	42
Polen <i>Bernard Gaida</i>	47
Serbien <i>Rudolf Weiss</i>	53
Verzeichnis der Autoren und Herausgeber	58

ZUR SITUATION DER DEUTSCHEN IN MITTELEUROPA

Konrad-Adenauer-Stiftung
Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen

Pécs/Fünfkirchen, 30. Oktober 2014

PROGRAMM

10.00 Uhr | Begrüßung

Frank SPENGLER

Leiter des Auslandsbüros Ungarn der Konrad-Adenauer-Stiftung

Otto HEINEK

Vorsitzender der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen
Grüßwort

Dr. Zsuzsanna GERNER

Honorarkonsulin der Bundesrepublik Deutschland in Pécs

Dr. Zsolt PÁVA

Bürgermeister der Stadt Pécs/Fünfkirchen

10.30 Uhr | Eröffnung

Miklós SOLTÉSZ

Staatssekretär für Beziehungen zur Kirche, zu den Volksgruppen und zur Zivilgesellschaft, Ministerium für Humanressourcen

**11.00 Uhr | Vortrag: Zur Situation der verbliebenen Deutschen
im Osten Europas**

Klaus WEIGELT

Präsident der Stiftung Deutsche Kultur im östlichen Europa

11.30 Uhr | Diskussion

12.00 Uhr | Mittagessen

14.00 Uhr | Zur Situation der Deutschen in:

Tschechien

Hans Dieter KORBEL

ehem. Vorsitzender der Landesversammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien

Rumänien

Benjamin JÓZSA

Geschäftsführer des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien

Slowakei

Ján KÖNIG

Vorsitzender der Karpatendeutschen Assoziation

Moderation

Dr. Ralf Thomas GÖLLNER

Stellv. Direktor des Ungarischen Instituts München

Kroatien

Zorislav SCHÖNBERGER

Vorsitzender der Deutschen Gemeinschaft – Landsmannschaft der Donauschwaben in Kroatien

Polen

Bernard GAIDA

Vorsitzender des Verbands der Deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaften in Polen

Serbien

Rudolf WEISS

Vorsitzender des Deutschen Volksverbands

Moderation

Dr. Ágnes TÓTH

Historikerin und leitende wissenschaftliche Mitarbeiterin des Instituts für Minderheitenforschung der Ungarischen Akademie der Wissenschaften

17.30 Uhr | Schlusswort

Imre RITTER

Fürsprecher der Ungarndeutschen in der Ungarischen Nationalversammlung



Frank Spengler



Otto Heinek

VORWORT

Am 4. Juni 1920 unterzeichnete Ungarn unter Protest den Friedensvertrag im Versailler Palais Grand Trianon. Das Ende des Ersten Weltkrieges war für die Magyaren der Beginn des „Traumas von Trianon“, für andere Völker, wie für die Polen oder die Tschechen, bedeutete dies aber die Chance, die nationale und staatliche Souveränität wiederzuerlangen. Auch die deutschsprachigen Minderheiten der Habsburger-Monarchie – und so auch des Königreichs Ungarn – befanden sich plötzlich in einer neuen Situation: Sie wurden zu Bürgern unterschiedlicher, zum Teil neu entstandener Staaten. Die nachlastenden Herausforderungen des Ersten Weltkrieges waren der Nährboden für eine weitere Katastrophe. In der Folge des Zweiten Weltkrieges wurden wiederum die Grenzen verschoben und Millionen von Menschen aus ihrer Heimat vertrieben. Für die verbliebenen Minderheiten begann eine Zeit der leidvollen Verschleppung, Diskriminierung und Unterdrückung.

Heute sind die Minderheiten in Mitteleuropa wichtige Bindeglieder zur Entwicklung vielfältiger Brücken zwischen den Ländern. Die Minderheiten pflegen insbesondere Netzwerke zur Entwicklung nachhaltiger Verbindungen über die Landesgrenzen hinweg. In diesem Sinne ist die Zusammenarbeit, vor allem mit den deutschen Minderheiten in den europäischen Gastländern der Konrad-Adenauer-Stiftung, insbesondere in Ungarn, ein wichtiges Ziel der Stiftungsarbeit.

Die Tagung in Fünfkirchen/Pécs vom 30. Oktober 2014 mit dem Titel „Zur Situation der Deutschen in Mitteleuropa“ war die Fortsetzung einer Maßnahme vom 17. Oktober 2013 in Szekszárd, die in Zusammenarbeit mit der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen, der Stiftung Deutsche Kultur im Östlichen Europa und der Konrad-Adenauer-Stiftung veranstaltet wurde. Hierbei ging es um die Rolle der Ungarndeutschen als Brückenbauer der Europäischen Einigung. Die Ergebnisse des Gedankenaustausches wurden in einem Tagungsband zusammengefasst, der über die Konrad-Adenauer-Stiftung bezogen werden kann. Einige der in Fünfkirchen anwesenden Teilnehmer waren 2013 bei dem Symposium in Szekszárd dabei, so auch Klaus Weigelt, Präsident der Stiftung Deutsche Kultur im Östlichen Europa. Er hielt auf der Tagung in Fünfkirchen ein Referat mit wichtigen Impulsen und Ideen zum Thema der deutschen Minderheiten in der Region.

Es ist daher erfreulich, dass sich in Fünfkirchen so viele Vertreter der deutschen Minderheit in Mitteleuropa über ihre Situation austauschen konnten. Die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen fühlen sich der Förderung der Interessen der deutschen Minderheiten in Mitteleuropa, insbesondere im Sinne der Versöhnung in Europa verpflichtet. So kann die Publikation der wichtigsten Ergebnisse der Tagung in Fünfkirchen auch als Motivation für neue gemeinsame Projekte der deutschen Minderheiten verstanden werden.

Wir bedanken uns an dieser Stelle besonders bei den beteiligten Mitarbeitern und Rednern der Tagung. Allen voran bei Klaus Weigelt für seinen bemerkenswerten einleitenden Beitrag und bei Dr. Zsuzsanna Gerner (Ungarn), Hans Dieter Korbel (Tschechien), Benjamin Józsa (Rumänien), Ján König (Slowakei), Bernard Gaida (Polen), Rudolf Weiss (Serbien) und Zorislav Schönberger (Kroatien), deren Manuskripte in dem vorliegenden Band abgedruckt sind.

Für die Lektüre dieses Konferenzbandes wünschen wir den Lesern interessante neue Erkenntnisse. Wir würden uns über Ihre Reaktionen freuen.

Frank Spengler

Leiter des Auslandsbüros Ungarn

Konrad-Adenauer-Stiftung

Otto Heinek

Vorsitzender

Landesselbstverwaltung d. Ungarndeutschen



Klaus Weigelt

ZUR SITUATION DER VERBLIBENEN DEUTSCHEN IM OSTEN EUROPAS

Die Eingangskarte zeigt die weit verstreuten Siedlungsgebiete der Deutschen im Osten Europas im Jahre 1937. Der Vortrag befasst sich mit der Nachkriegssituation.

Als Königsberger habe ich mit dem Thema in der Kaliningrads-kaja Oblast zu tun, die ich seit 1991 etwa zwei Dutzend Mal besucht habe. Über die Evangelische Gemeinde Kaliningrad habe ich Deutsche aus Russland (Kasachstan) kennengelernt, von denen es etwa 12.000 bis 15.000 gibt, nach inoffiziellen Schätzungen. Das Deutsch-Russische Haus in Kaliningrad wurde mit Unterstützung des Bundesministeriums des Innern errichtet und wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit unterhalten. In Regensburg lebt der neue Vorsitzende der Deutschen aus Russland, Waldemar Eisenbraun. Die Karte zeigt die Kaliningrads-kaja Oblast zwischen den heutigen EU-Mitgliedern Litauen und Polen.¹

In Polen bin ich als Stellvertretender Vorsitzender der Internationalen Ernst-Wiechert-Gesellschaft (IEWG) vor allem in Allenstein/Olsztyn und Masuren mit Polen und verbliebenen

¹ Vgl. Timothy Snyder: *Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin.* Bonn 2011, S. 387.



© Peter Palm, Berlin

Deutschen in Verbindung. Im September 2014 fand in der Universität Posen/Poznań mit vierzig Germanisten aus sieben Ländern eine deutschsprachige wissenschaftliche Konferenz zum Thema „Innere und äußere Emigration“ in Zusammenarbeit mit der Universität Lodz/Łódź statt. Über die Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitische Partnerschaft AKP habe ich mit in Polen verbliebenen Deutschen an mehreren Kongressen in Deutschland und in Polen teilgenommen, z.B. 2010 in Groß Stein bei Oppeln.



© Andreas Toscano del Banner, München



© Konstantin Zigmann, Bremen

Auf mehreren Reisen habe ich in Galizien (von Krakau über Lemberg und Czernowitz bis Kiew) vor allem Zeugnisse jüdischer Kultur besucht, bin in der südlichen Bukowina erstmals auf Zipser gestoßen, von denen es nur noch sehr wenige gibt (ca. 6.000) und habe in Rumänien (und auch in Regensburg) Kontakt mit Siebenbürger Sachsen und früher – von Ungarn aus – mit den Banater und den Donauschwaben gehabt.

Mein Erfahrungsfeld ist also vergleichsweise begrenzt. Es beruht auf wenigen Eindrücken, die ich u.a. während meiner Zeit hier in Ungarn (2002-2006) gewinnen konnte, in der ich auch nach Westrumänien (Sathmar, Banat) und Nordserbien (Batschka, Woiwodina), nach Kroatien und durch das Gottscheer Land in Slowenien gefahren bin.

Damals habe ich vor allem jährliche Konferenzen mit Teilnehmern aus dem Karpatenbecken durchgeführt, also mit in der jeweiligen Kommunalpolitik tätigen Ungarn aus allen Nachbarstaaten Ungarns. Frank Spengler hat jetzt einen Schritt in die richtige Richtung gemacht und versammelt deutschsprachige Minderheiten hier in Pécs/Fünfkirchen.

In meinem Vortrag werde ich zu Beginn dieser Konferenz zwei Thesen zur Diskussion stellen. Die eine bewegt mich schon seit Jahren und die zweite werde ich in Bezug auf den Vortrag, den vor einem Jahr Jan Diedrichsen in Szekszárd gehalten hat, entwickeln.

Wir haben gerade eine Konferenz in Cadenabbia erlebt, die sich mit den Nachwirkungen des Ersten Weltkrieges beschäftigt hat. Es war die dritte Kooperationsveranstaltung des OKR mit der KAS, Frank Spengler und Otto Heinek haben daran teilgenommen und mitgewirkt.

Bei der Eröffnung der Konferenz, die unter der Schirmherrschaft des KAS-Ehrenvorsitzenden Bernhard Vogel stand, habe ich Folgendes gesagt:

„Der historische Kulturraum Mittel- und Osteuropas ist untergegangen – das ist wahr. Die deutsche und europäische Ostsiedlung, an der zahlreiche Flüchtlinge aus religiösen Gründen – wie die Mennoniten, die Salzburger Protestanten, die Hugenotten – beteiligt waren, aber auch katholische Christen, die im Zuge der Gegenreformation auf Einladung der Habsburger nach Südosteuropa gezogen sind, ließ über Jahrhunderte eine Symbiose vieler Nationen, Juden und Deutschen heranwachsen in Galizien, der Bukowina, in Siebenbürgen, Mährisch-Schlesien, in Ostpreußen, im Banat, der Woiwodina und in vielen an-





- Bis 1945 geschlossene deutsche Siedlungsgebiete (Reichsgebiete in den Grenzen von 1937 östlich von Oder und Neißة sowie Danzig und Sudetengebiete)
- Anteil der Vertriebenen an der Bevölkerung in der Bundesrepublik 1950, in der SBZ 1948
- Nachkriegsgrenzen
- Anteil der Flüchtlinge an der Bevölkerung 1950 (%)
- Ostgrenze des Deutschen Reiches vom 31. 12. 1937
- Deutsche Minderheitengebiete außerhalb der Reichsgrenzen von 1937
- Flucht- und Vertreibungsrichtung (vereinfacht)
- Zahl der Vertriebenen
- Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR 1945 - 1961

© Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart

deren Orten und Regionen. Diese Symbiose begann schon im 19. Jahrhundert aus vielerlei Gründen zu zerfallen, wurde aber endgültig erst durch die Katastrophen des 20. Jahrhunderts zerstört.

Diese Zerstörung ist schmerzlich; noch schmerzlicher aber scheint mir zu sein, dass die Kenntnis dieser vielfältigen und reichen, untergegangenen Welt Mittel- und Osteuropas, in der sie bis heute leben, eigentlich nie das Bewusstsein der westorientierten Bevölkerung Deutschlands und Europas erreicht hat. Den Schulunterricht schon gar nicht, die Universitäten auch nicht. Schon 1983 spielten in einer Studie von Werner Weidenfeld über 'Die Identität der Deutschen'² dieser Raum, seine Menschen und seine Geschichte keine Rolle mehr für die Identität der Deutschen. Mit der Zerstörung dieser Welt entschwand

² Werner Weidenfeld (Hrsg.): Die Identität der Deutschen. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1983.

auch das Bewusstsein, dass es diese Welt überhaupt gegeben habe. Diese Tatsache erst vollendet die Tragödie des ehemals deutsch und jüdisch geprägten Osten Europas.“

Diese Beobachtung beschäftigt mich schon sehr lange. Wenn man die zahlreichen Äußerungen des Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung, der beim Bundesministerium des Innern angesiedelt ist, liest, dann erschließt sich einem ein verwirrendes Bild von früheren Siedlungsgebieten der Deutschen in Mittel- und Osteuropa (vgl. Eingangskarte) und inzwischen zahlenmäßig sehr begrenzten Minderheiten, die sich heute in diesen Gebieten noch aufhalten und leben.

Was nicht in den Blick kommt und auch nicht in den Blick genommen wird, ist der Kulturraum als Ganzes, der einst eine jahrhundertelange und konstitutive Größe der Identität Europas gewesen ist. Der Einzige, der m. W. diesen Raum bisher insgesamt betrachtet hat, ist Timothy Snyder, der 2011 in seinem erschütternden Buch „Bloodlands“ die Zerstörung dieser Welt beschrieben hat. Wir rühmen in Deutschland seit 1953 den § 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes BVFG, der die Pflege des Kulturgutes der Vertriebenen und Flüchtlinge regelt. Der § 96 lautet:

Bund und Länder haben entsprechend ihrer durch das Grundgesetz gegebenen Zuständigkeit das Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewusstsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten, Archive, Museen und Bibliotheken zu sichern, zu ergänzen und auszuwerten sowie Einrichtungen des Kunstschaffens und der Ausbildung sicherzustellen und zu fördern. Sie haben Wissenschaft und Forschung bei der Erfüllung der Aufgaben, die sich aus der Vertreibung und der Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge ergeben, sowie die Weiterentwicklung der Kulturleistungen der Vertriebenen und Flüchtlinge zu fördern. Die Bundesregierung berichtet jährlich dem Bundestag über das von ihr Veranlasste.³

Mir kommt es in diesem Zusammenhang auf die Begrifflichkeit des § 96 an. Es ist von „Kulturgut der Vertreibungsgebiete“, von „Vertreibung“ und „Eingliederung“ und von „Kulturleistungen der Vertriebenen und Flüchtlinge“ die Rede. Das ist richtig und zutreffend, auch heute noch. Aber nachdem der Paragraph über 60 Jahre alt ist, gibt inzwischen diese Begrifflichkeit Kritikern immer mehr Nahrung im Hinblick auf die Frage, ob dieser Paragraph noch zeitgemäß sei, weil es kaum noch Vertriebene und Flüchtlinge gebe. Die Gliederung, also Zersplitterung, eines in Jahrhunderten gewachsenen Kulturraumes in Vertreibungsgebiete ist aus heutiger Sicht problematisch.

³ *Unterstreichungen durch den Autor.*

Zudem erweckt der Paragraph den 1953 sicher berechtigten Eindruck, als ginge es um die Sicherung und Bewahrung der Kulturgüter, die von den Heimatvertriebenen und Flüchtlingen über Flucht und Vertreibung gerettet worden sind und um die Förderung der späteren Kulturleistungen dieser Bevölkerungsgruppe. Diese Eingrenzung ist heute überholt, denn es sind nicht nur Menschen, sondern auch viele Kulturgüter in Mittel- und Osteuropa verblieben, zu denen es heute Zugang gibt.

Positiv ist die schon damals formulierte Öffnung der Erhaltung des Bewusstseins, die eigentlich den Kritikern des Paragraphen zu denken geben müsste. Die dreifachen Adressaten sind auch heute noch aktuell:

- Vertriebene und Flüchtlinge,
- das deutsche Volk,
- das Ausland.

Leider wurden jedoch die Vertriebenen und Flüchtlinge in ihrem Bewusstsein innerhalb Deutschlands mehr und mehr gettoisiert. Daran waren die Organisationen der Vertriebenen nicht ganz unschuldig: Sie konnten ihre Identität oft nicht verständlich kommunizieren und hinreichend verdeutlichen, dass sie ihr Schicksal stellvertretend für das ganze deutsche Volk zu tragen hatten. Andreas Kossert hat das in seinem Buch „Kalte Heimat“ sehr gut beschrieben.⁴

Das deutsche Volk hat nie im Ganzen, sondern nur auf der Ebene der Verfassungsorgane, also repräsentativ und oft nur bei Feiertagsreden dieses Bewusstsein formuliert. Mitte der 1960er Jahre zerbrach der nationale Konsens der Solidarität mit den Heimatvertriebenen. Im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts – also sehr spät, 70 Jahre nach Kriegsende! – wurde immerhin mit dem „Zentrum gegen Vertreibungen“ eine Bundesstiftung für „Flucht, Vertreibung und Versöhnung“⁵ auf den Weg gebracht, die trotz massiven Widerstands aus dem Ausland, vor allem aus Polen, in Berlin im Deutschlandhaus 2015/2016 ihr „Sichtbares Zeichen“, also eine Dauerausstellung, die Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts dokumentiert, eröffnet wird.⁶ Vorläufer dieser Ausstellung sind bereits mit großem Erfolg in Deutschland gezeigt worden: Die Wanderausstellungen „Erzwungene Wege – Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“ (2006/2007), „Die Gerufenen. Deutsches Leben in Mittel- und Osteuropa“ (2009) und „Angekommen. Die Integration der Vertriebenen in Deutschland“ (2011) wurden alle drei zu-

⁴ Andreas Kossert: *Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945*. München 2008. Dort findet sich auch die Eingangskarte.

⁵ Diese Bundesstiftung wurde am 30. Dezember 2008 als Stiftung öffentlichen Rechts errichtet. Träger ist das Deutsche Historische Museum in Berlin nach dem am 14. Juni 2010 verabschiedeten Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Deutsches Historisches Museum“ (DHMG).

⁶ Diese Ausstellung wird im früheren Deutschlandhaus in Berlin vorbereitet.

sammen ab 2012 als Trilogie „Heimat WEH“ im Berliner Kronprinzenpalais gezeigt.⁷

Das Ausland, heute also Europa und die Europäische Union, hat von deutscher Seite dieses Bewusstsein nur sehr segmentiert vermittelt bekommen und vor allem sehr unterschiedlich, je nach politischer Lage, und mit wechselnden Aspekten, je nachdem, ob das Kanzleramt (Die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien), das Auswärtige Amt, der Bundesminister des Innern oder das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit ihren angeschlossenen Institutionen ihre Zuständigkeit wahrnahmen. Das ist ein sehr weites Feld, das hier nicht behandelt werden kann. In dieses Feld reicht aber die Minderheitenproblematik, die Thema dieser Konferenz ist, bilateral und multinational hinein.

Für die Diskussion hier ist wichtig, dass der § 96

- die in der Heimat verbliebenen Deutschen,
- die in der Heimat verbliebenen Kulturschätze,
- die trotz großer Schwierigkeiten in der Heimat fortgesetzten Kulturleistungen, vor allem auch die Tradition der deutschen Sprache

zunächst nicht in den Blick nahm. Das war verständlich, weil bis 1989/1990 aufgrund der politischen Verhältnisse die Situation der Deutschen in der Sowjetunion und in den Ostblockstaaten prekär war, sie lange Jahre nach dem Krieg ihre Muttersprache nicht sprechen durften, keine Schulen und Kultureinrichtungen betreiben durften und entsprechend als Kriegsfolge viel von dem im Laufe der Jahre verloren, was im Westen wenigstens teilweise erhalten werden konnte.

Zudem entwickelte sich im Westen ein Sonderweg für die Juden, deren schweres Schicksal bis 1989/90 eine eigene und oft gegensätzliche Würdigung erfuhr als das der Vertriebenen. Der gemeinsame Kulturraum beider in Mittel- und Osteuropa wurde jedenfalls nie in den Blick genommen: Auschwitz, Majdanek, Treblinka und andere Orte des Schreckens hatten nichts mit den Vertreibungsgebieten zu tun – sie wurden oft zu Gegensätzen aufgebaut und völlig zu Unrecht kausal miteinander verknüpft. Gleicher Ort – ungleiches Schicksal!⁸

Erst als 1989/90 die Erfahrungen der Völker Mittel- und Osteuropas und damit auch der dort verbliebenen Deutschen mit dem Kommunismus und seinen Verbrechen ins Licht Europas gerückt wurden und damit die Verbrechen der beiden großen Diktaturen des 20. Jahrhunderts in der europäischen Diskussion standen, wuchs das Verständnis für die Schicksalsgemeinschaften in diesem Raum bei aller ihrer Unterschiedlichkeit.

⁷ Zu allen drei Ausstellungen gibt es Kataloge, die auch zusammen erhältlich sind.

⁸ Die Karte vgl. Timothy Snyder, aaO, S. 263.

Das Bewusstsein eines gemeinsamen Kulturraumes, wie es ihn über Jahrhunderte gegeben hatte, ist damit aber nicht mehr entstanden.

Entsprechend nähert sich die deutsche Bundesregierung den Menschen in diesem Raum mit dem Instrumentarium, das sich über die Jahrzehnte entwickelt hat und nach 1989/90 angepasst wurde, z. B. durch den Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten.

Für die Juden wirkt die Bundesstiftung für die ermordeten Juden Europas in Berlin, die sich auch um die wenigen noch lebenden Juden in aller Welt kümmert.

Auf europäischer Ebene ist die Politik offenbar mit diesen Fragen überfordert. Im Haus der europäischen Geschichte, das Ende 2015 in Brüssel eröffnet wird, spielen eine Reihe von Einzelthemen eine Rolle, nicht aber die Geschichte des deutsch-jüdisch geprägten Kulturraumes MOE. Zusammenhangsdenken ist im heutigen Europa nicht gefragt. Es geht um Ressortdenken.

Zwei Beispiele hierzu:

Im September 2014 fand in Posen, wie bereits erwähnt, eine deutschsprachige literaturwissenschaftliche Konferenz mit Teilnehmern aus sieben Nationen zum Thema „Innere und äußere Emigration“ statt. Die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien, zuständig für den § 96, lehnte eine Förderung ab, obwohl Wissenschaft und Forschung in diesem Themenbereich zu den gesetzlich verankerten Aufgaben der Kulturbeauftragten zählen.

In Cadenabbia fand im Oktober 2014 die bereits erwähnte deutschsprachige Tagung zum Thema „100 Jahre nach dem Ersten Weltkrieg“ mit Teilnehmern aus fünf Staaten Mittel- und Osteuropas statt. Der Aussiedlerbeauftragte Hartmut Koschyk nahm an dieser Tagung teil. Sein Ministerium, das Bundesministerium des Innern, konnte in der Konferenz keine völkerverständigende Zielsetzung erkennen und lehnte eine Förderung ab.

Behörden sind oft nicht in der Lage, Zusammenhänge zu sehen. Sie unterwerfen jeden Antrag einer gesonderten verwaltungsmäßigen Einzelfallprüfung nach genormten ehernen Kriterien. Ein Zusammenhangsdenken wird ausgeblendet. In vielen Fällen fehlt es den Prüfern inzwischen auch an simplen Kenntnissen der Sachverhalte und den Vorgesetzten am politischen Willen.

Dieses Zusammenhangsdenken fehlt auch hinsichtlich der diese Konferenz beschäftigenden Fragen, insbesondere auf europäischer Ebene.

Der Aussiedlerbeauftragte „koordiniert die Förderung und Unterstützung der deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa sowie in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Die Förderung und Unterstützung dieser deutschen Minderheiten durch die Bundesrepublik Deutschland ist Ausdruck der Verant-

wortung Deutschlands für die Bewältigung der Folgen des Zweiten Weltkriegs. Sie erfolgt auf der Grundlage bilateraler Abkommen mit den einzelnen Staaten. Der Beauftragte der Bundesregierung hat den Ko-Vorsitz bei den bestehenden zwischenstaatlichen Regierungskommissionen für die Angelegenheiten der jeweiligen deutschen Minderheit inne.“⁹

Eine übergreifende Charakterisierung der deutschen Minderheiten erfolgt nicht. Es stellt sich wieder – wie bei der ersten These – die Frage der Begrifflichkeit: nationale Minderheiten und Volksgruppen sind Kulturträger; sie sind Träger von Sprach- und Mundarttradition, von Geschichte, Brauchtum, Landeskunde; sie sind heute völkerverbindende Gruppen mit einer Brückenaufgabe, Botschafter – kurzum: Sie sind Träger einer ganz besonderen Identität, die nicht auflösbar ist in Funktionen und Segmente von Verwaltungshandeln, so wichtig dieses im Einzelfall ist. Otto Heinek hat in Cadenabbia gesagt: „Minderheitenrechte sind Ausgleichsrechte für Benachteiligungen“. Das ist richtig; es ist aber zu ergänzen: Minderheiten- und Volksgruppenrechte sind auch Identitätsrechte, die auf nationaler und auf europäischer Ebene den beschriebenen Charakter der Minderheiten unter ihren besonderen Schutz stellen und fördern sollen.

In die Kompetenz des Beauftragten fallen sowohl die Aussiedler, die nach Deutschland gekommen sind, als auch die in den Herkunftsländern verbliebenen Angehörigen der deutschen Minderheit, deren Zahl für Mittel- und Osteuropa und die ehem. Sowjetunion mit 1,2 Mio. Menschen angegeben wird.

Für die Nachfolgestaaten der Sowjetunion werden rund 750.000 Angehörige der deutschen Minderheiten angegeben. Davon

- 400.000 in der Russischen Föderation (Volkszählung 2010)
- 180.000 in der Republik Kasachstan (Volkszählung 2012; in den 1990er Jahren noch 958.000)
- 33.000 in der Ukraine (über das ganze Land verteilt; Volkszählung 2001)
- 8.766 in der Kirgisischen Republik (die von den ehem. 100.000 heute noch dort leben; Angaben des kirgisischen Statistikamtes)
- 10.000 in der Republik Usbekistan (Angaben der Deutschen Kulturzentren; Ende der 1980er Jahre noch etwa 40.000)

Weitere deutsche Minderheiten leben in Tadschikistan, der Republik Moldau (Bessarabien) und in Transkaukasien (Georgien, Aserbaidschan, Turkmenistan).

Alle diese Minderheiten sind nicht Thema dieser Konferenz, aber es soll zumindest erwähnt werden, dass diese Menschen – wie sicher auch einige der hier vertretenen Volksgruppen – im Zuge des Überfalls Deutschlands auf die

⁹ Diese Aufgabenbeschreibung findet sich im Internet unter:
http://www.aussiedlerbeauftragter.de/AUSB/DE/Themen/deutsche-minderheiten/deutsche-minderheiten_node.html

Sowjetunion im Juni 1941 schwerste Schicksale wie Deportation, Zwangsarbeit, Lagerhaft erleiden mussten.

In Mittel- und Osteuropa leben die größten deutschen Minderheiten in Polen, Ungarn, Rumänien, der Tschechischen und der Slowakischen Republik, kleinere Gruppen in Kroatien, Serbien und Slowenien. Der Aussiedlerbeauftragte hält sich bei diesen Minderheiten mit Zahlen zurück. Dafür erklärt er, dass alle diese Minderheiten in ihren Heimatstaaten traditionell stark verwurzelt seien und staatliche Anerkennung als nationale Minderheiten genießen.

„Die Lage der deutschen Minderheiten in den MOE-Staaten hat sich nach der politischen Wende 1989/90 in Abhängigkeit von den politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in den einzelnen Ländern grundsätzlich positiv entwickelt.“

Demgegenüber hat Jan Diedrichsen vor einem Jahr in Szekszárd erklärt: „Ich wage die These, dass sich die Situation der Minderheiten auf europäischer Ebene in den vergangenen zehn Jahren massiv verschlechtert hat und dass dieser Prozess sich weiter fortsetzen wird, falls die Minderheiten in Europa sich nicht zusammenschließen und eine gemeinsame Stimme finden. [...] Auf der europäischen Bühne spielen die Minderheiten fast keine Rolle mehr.“¹⁰

Wie erklärt sich diese auffällige Dissonanz?

Der deutsche Minderheitenbeauftragte spricht von den positiven Auswirkungen

- wirtschaftlicher und politischer Entwicklung bei den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedern,
- bilateraler Verträge und Abkommen der Bundesrepublik,
- der Minderheitenpolitik des Europarates,
- der neuen Aufgeschlossenheit der Heimatstaaten gegenüber ihren Minderheiten,
- der Förderung der deutschen Minderheiten in den Heimatstaaten.

Das sind unabwiesbare Fakten. Diese beziehen sich auf positive Entwicklungen, die sich auch auf die Minderheiten auswirken, beinhalten aber keine eigenen Rechtspositionen im Sinne der Minderheiten.

Diese aber fordert Diedrichsen: „100 Millionen Menschen, also jeder siebte Bürger gehört in Europa einer autochthonen nationalen Minderheit / Volksgruppe / Nationalität an oder spricht eine so genannte Regional- oder Minderheitensprache.“¹¹ Für diese müsse es auf europäischer Ebene mehr geben als eine wirkungslose Verankerung der Minderheiten in den „Zielen und

¹⁰ Vgl. Jan Diedrichsen: *Der Beitrag der Minderheiten – speziell der Ungarndeutschen – zur europäischen Einigung*. In: Frank Spengler / Klaus Weigelt (Hrsg.): *Ungarndeutsche als Brückenbauer in Europa*. Budapest 2014, S. 54-61.

¹¹ Vgl. Jan Diedrichsen, aaO. Dort auch die weiteren Zitate.

Werten“ des Vertrages von Lissabon oder in der „Grundrechtscharta“ der EU. Auch der Europarat bleibe bei den Sanktionsmöglichkeiten ein „zahnloser Tiger“.

Deswegen hat die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen FUEV eine Europäische Bürgerinitiative – Minority SafePack Initiative – ins Leben gerufen und elf Forderungen unterbreitet, „wie die EU sich konkret in ihrem Aufgabenbereich für die Minderheiten einsetzen kann“. Diesen Vorschlag hat die EU-Kommission abgelehnt, nun liegt der Fall beim Europäischen Gerichtshof (EUGH) in Luxemburg. Eine Entscheidung ist – soweit bisher bekannt ist – noch nicht gefallen.

Aus meiner Sicht liegt hier ein analoges Problem vor wie das bereits erwähnte Thema des MOE-Kulturraumes. Genau wie dieser nicht mehr als ein europäischer Raum gesehen wird, so wird auch das Volksgruppenthema bisher nicht als europäische Frage mit den entsprechenden Konsequenzen gesehen und anerkannt.

Diedrichsen spricht von einer „gemeinsamen Stimme“, die notwendig sei und die man finden müsse, um in Europa mehr Gewicht zu haben. Aus meiner Sicht liegt in dieser „gemeinsamen Stimme“ ein großes Potential, weil die ethnischen Minderheiten in Europa über ein Erfahrungs-, Kenntnis-, Sprachen- und Traditionspotential verfügen, wie es nur als einzigartig zu bezeichnen ist.

Europa würde sich selbst eine große Integrationschance nehmen, gerade für die Restauration des mittel- und osteuropäischen Kulturraumes, aber auch für ganz Europa, wenn es die Minderheiten- und Volksgruppenfrage nur als administrative Last, nicht aber als großartige Möglichkeit für die Zukunft Europas begreifen würde.



Zsuzsanna Gerner

UNGARN

Verehrter Herr Bürgermeister Dr. Páva, sehr geehrter Herr Spengler, sehr geehrter Herr Heinek, meine verehrten Damen und Herren, liebe Gäste!

Ich darf Sie als Honorarkonsulin der Bundesrepublik Deutschland in Süd-Transdanubien und zugleich auch als Vize-Dekanin der Philosophischen Fakultät der Universität Pécs in unserer Stadt und an unserer Fakultät herzlich willkommen heißen.

Ich danke den Organisatoren dafür, dass sie im Jubiläumsjahr 2014 eine Diskussion über die Situation der deutschen Minderheit in Mitteleuropa initiiert haben, und ich danke Ihnen, werte Gäste, dass Sie der Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen gefolgt sind, um sich an dieser Diskussion im Rahmen der Konferenz zu beteiligen.

Die Konferenz findet in Fünfkirchen/Pécs statt, wie ich meine, nicht ohne Grund. Fünfkirchen hatte bereits ab dem 12. Jahrhundert eine bedeutende deutschsprachige Bevölkerung, die sich jedoch während der Türkenherrschaft nicht erhalten konnte. Nach der Befreiung von den Türken (1686) verstärkte sich das deutsche Element recht intensiv: Im Jahre 1686 lebte in der Stadt eine einzige deutsche Familie, zwölf Jahre später betrug die Anzahl der deutschen Familien bereits 86. In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts fanden intensive Nachsiedlungen aus allen Teilen des Deutschen

Reiches statt, sodass die Deutschen um die Mitte des Jahrhunderts bereits die Hälfte aller Stadtbewohner ausmachten. Bald danach bildeten die deutschsprachigen Bewohner sogar den stärksten Bevölkerungsanteil in „5kirchen“; sie nahmen ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts im wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben der Stadt eine führende Position ein: Die Verwaltung wurde deutschsprachig, Protokolle wurden deutsch geschrieben, Gerichtsverhandlungen wurden in deutscher Sprache geführt.

Laut Aufzeichnungen war auch zu Beginn des 19. Jahrhunderts in der Innenstadt von Pécs, die mit der südlichen Vorstadt und dem Kalvarienberg zusammen überwiegend von Deutschen bewohnt war, kaum ein ungarisches Wort zu hören. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts soll bereits ein deutsch-ungarischer Bilingualismus bei den Gebildeten typisch gewesen sein.

Ab der Mitte des 19. Jahrhunderts ist ein Bevölkerungsrückgang unter den Deutschen zu beobachten, der sich teils aus der Magyarisierungspolitik der ungarischen Regierung, teils aus den eigenen Interessen des deutschen Bürgertums, welches seinen potentiellen wirtschaftlichen Partner im ungarischen Landadel fand, erklären lässt und eine starke Assimilation v. a. in den Kreisen des städtischen Deutschtums zur Folge hat. 1890 machten die Deutschsprachigen nur noch knappe 20% der Gesamtbevölkerung der Stadt aus. Die Assimilationsbereitschaft zeigte sich auch in der Veränderung des Sprachgebrauchs: 1891 sollen die Enkelkinder in den innenstädtischen deutschen Familien des Deutschen nicht mehr mächtig gewesen sein, ihre Eltern beherrschten noch beide Sprachen, und ihre Großeltern waren monolingual deutsch.

Die Vorfahren der heute in Ungarn lebenden Deutschen wurden nach der Vertreibung der Türken aus dem Donaunraum auf dem Territorium der heutigen Ungarischen Republik angesiedelt.¹

Durch ihre Ansiedlung veränderte sich die ethnische Zusammensetzung des Karpatenbeckens: Am Ende des 15. Jahrhunderts waren zwischen 80 und 85% der 4 bis 4,5 Millionen Bewohner des Landes ungarischer Nationalität, im 18. Jahrhundert erreichte der Anteil der Ungarn innerhalb der inzwischen auf 9,2 Millionen angewachsenen Bevölkerung des Landes nicht einmal 50%. Um die Wende des 18. und des 19. Jahrhunderts lebten 1,1 Millionen Deutsche und 200.000 Juden im Karpatenbecken. Es entstanden geschlossene deutsche Siedlungsräume, wie z. B. die Schwäbische Türkei, wo wir uns befinden und wo der Anteil der Deutschen im Durchschnitt sogar 67% erreichte.

Wandlungen des Kommunikationsprofils, der intra- und interethnischen Sprachbewertung sowie der ethnischen Identitätsbildung sind als Reflexionen auf so-

¹ Zur Geschichte des Fünfkirchner Deutschtums vgl. u.a. die Werke von Haas (1845, 1852), Bárdos (1933), Babics (1937), Bezerédy (1997).

ziale und politische Wandlungsprozesse zu bewerten, die mit Veränderungen der objektiven und subjektiven Bestimmungsfaktoren des Minderheitendaseins einhergehen. In der Geschichte der deutschen Minderheit in Ungarn gelten das Kriegsende 1945 und die politische Wende 1989 als solche Zäsuren.

1945 und die unmittelbaren Nachkriegsjahre brachten eine sprachliche Diskontinuität und die Verleugnung der deutschen Identität mit sich: Die Minderheitensprache Deutsch verlor an Bedeutung z. T. in der familiären, vor allem aber in der sekundären und tertiären Sozialisation durch Schule und Arbeitsplatz. Der früher additive Bilingualismus der Deutschen in Ungarn wurde von subtraktivem Bilingualismus abgelöst, die deutschen Dialekte büßten ihre Rolle als identitätsbildender Faktor zunehmend ein. Die Menschen wurden in ihrer Identität verunsichert, da sie wegen der Benachteiligung und der äußerst negativen Bewertung der Deutschen ihre Zugehörigkeit zu dieser Volksgruppe oft leugnen mussten oder wollten.

Seit 1989 setzte sich eine Gegenteilstendenz ein: Für die Minderheiten in Ungarn begann eine starke Neugestaltungs- und Neugründungsphase von Verbänden und Vereinen, was das Interesse an ethnisch definierter Organisation spiegelt. Bei den Kommunalwahlen wurden 1994 164, 2014 bereits 406 örtliche deutsche Minderheitenselbstverwaltungen gewählt. 1993 wurde das Gesetz Nr. LXXVII über die Rechte der nationalen und ethnischen Minderheiten in Ungarn verabschiedet. Der Minderheitenstatus wurde nicht allein von außen vorgegeben, sondern von den jeweiligen Vertretern gewünscht. Als Kriterien für die Anerkennung einer Bevölkerungsgruppe als Minderheit von außen und somit auch für die Selbstbestimmung von innen wurden im Gesetz folgende genannt:

1. die historische Kontinuität,
2. eine gemeinsame Sprache und Kultur und
3. das Selbstbekenntnis der Minderheit, d. h. das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit.

Die 1945 entstandene sprachliche Diskontinuität ließ sich zwar nicht überwinden, in der sprachlichen Kompetenz zeichnete sich jedoch ab 1989 dank der positiven Attitüde, die der Weltsprache Deutsch angehängt wurde, eine Veränderung ab: Parallel zum Rückgang der deutschen Dialekte änderten sich die Quantität und auch die Qualität des überwiegend simulierten Erwerbs der deutschen Standardvarietät.

Faktum ist, dass die ethnische Identität der Deutschen in Ungarn von den Akteuren selbst immer noch als gefährdet oder gar als verloren angesehen wird.²

² Mit der Identitätsbildung der Deutschen in Ungarn im Zusammenhang sind u. a. folgende Werke zu beachten: Demeter (1988), Tefner (1988), Földes (1992), Scháb-Málovics (1997), Thelen (1997), Seewann (1992; 2000), Bindorffer (2001), Nagy (2002), Gerner (2000, 2003).

Neben den Vereinen sollen ungarndeutsche Medien und v. a. Bildungseinrichtungen die ungarndeutsche Identität öffentlich artikulieren und weitergeben. Eine Art Identitätsbildung, wodurch die früher in der Familie bzw. der familiären Sozialisation erlebte Identität ersetzt werden soll, wird primär von der Schule, vom Nationalitätenunterricht erwartet, dessen didaktische Zielsetzung einerseits in der Übermittlung von Sprachkenntnissen und andererseits in der Herausbildung bzw. Stärkung des ethnischen Identitätsbewusstseins der Jugendlichen festgelegt wurde.

Die wichtigste ethnokulturelle Veränderung ist die Assimilation, die die Auflösung von Identitätsmerkmalen einer meist zahlenmäßig kleineren Gruppe in einer meist zahlenmäßig stärkeren Gruppe bedeutet. Die Minderheitenpolitik Ungarns rühmte sich vor der politischen Wende 1989 einer vorbildlichen Liberalität nicht nur im Ausland und vor der ungarischen Bevölkerung des Landes, sondern auch in den Augen vieler Angehöriger der in Ungarn lebenden Minderheiten. Diese liberale Förderung vortäuschende Behandlung der Minderheiten bewirkte jedoch eine bedeutende sprachlich-kulturelle Assimilation: Die Monolingualität in der Minderheitensprache wurde zunächst durch additiven, später durch subtraktiven Bilingualismus abgelöst; heute verfügen viele Mitglieder der ethnischen Gruppen Ungarns über mangelnde oder gar keine Kompetenzen in der Minderheitensprache.

Ungarn unterzeichnete die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen des Europarates als eines der ersten Länder bereits am 5. November 1992, als diese zur Unterschrift vorgelegt wurde, und ratifizierte sie als zweites Land nach Norwegen bereits im Jahr 1995. Aus der Darstellung der vier bisher abgeschlossenen Berichtzyklen geht hervor, dass Ungarn den Anwendungsbereich der Charta zunächst auf sechs Minderheitensprachen, auf das Deutsche, Kroatische, Rumänische, Serbische, Slowakische und Slowenische begrenzt hat, einen Teil der Verpflichtungen gemäß Artikel 8 bis 13 jedoch auch im Fall von anderen Minderheitensprachen erfüllt. Im zweiten Staatenbericht wird die Absicht beteuert, alle im Land lebenden Minderheiten dahingehend zu fördern, dass die Verpflichtungen im Teil III der Charta mittelfristig auch auf ihre Sprachen ausgedehnt werden können. Zur Verwirklichung dieser Absicht haben die Empfehlungen des Ministerkomitees des Europarats, soweit sie konkrete Maßnahmen ausgelöst haben, sicherlich beigetragen. Ein wichtiges Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und Ungarn ist die Aufnahme der Sprachen der Roma ab 2008 in die Reihe der unter Teil III fallenden geschützten Sprachen Ungarns. Neben der Anerkennung vieler Maßnahmen, die seitens der ungarischen Regierung im Anschluss an die einzelnen Monitoring-Zyklen eingeführt wurden, blieben jedoch laut den Evaluationsberichten einige Probleme ungelöst: Es mangelt v.a. an einer langfristigen Strukturpolitik für die Förderung und Erhaltung der Minderheitensprachen (aller 14), an Stabilität der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel und an einem effektiven Überprüfungsverfahren v.a. im Bildungsbereich für Minderheiten-

sprachen, die unter Teil III fallen. Ungarns Minderheitenpolitik wird von den Experten teils als reaktiv bewertet, sie fordern mehr proaktive Maßnahmen, damit die Sprecher der Minderheitensprachen ihre Rechte auch in die Praxis umsetzen können. Es stehen noch immer Maßnahmen aus, die den Gebrauch der Minderheitensprachen in den Domänen des öffentlichen Verkehrs und im Justizwesen ermöglichen würden. Es fehlen Maßnahmen, damit die Minderheitensprachen im Rundfunk und Fernsehen angemessen vertreten sind. Doch auch diese Münze hat zwei Seiten, denn die in der Verfassung und im Minderheitengesetz gesicherten Rechte und Möglichkeiten müssen von den Akteuren selbst in die Tat umgesetzt werden, sonst bleiben sie – wie schon gehabt – eine (selbst-)täuschende Bevormundung.



Hans Korbelt

TSCHECHIEN

In der heutigen Tschechischen Republik, also in Böhmen, Mähren und Schlesien, leben die Deutschen seit dem 12. Jahrhundert, als sie von König Přemysl Otakar I. gerufen wurden, die Urwälder der Grenzberge zu besiedeln. Mitgebracht haben sie aber auch etwas, was damals in diesem Land noch nicht so sehr entwickelt war – das Handwerk. Jahrhunderte lang lebten beide Völker, die Tschechen und die Deutschen friedlich nebeneinander.

Im 19. Jahrhundert kam es in ganz Europa zum Erwachen und Wachsen des Nationalbewusstseins – so auch in den böhmischen Ländern, die den Bestandteil Österreich-Ungarns unter der Herrschaft der Habsburger bildeten. Die Volkserwecker bemühten sich darum, die tschechische Sprache, die von den Behörden unterdrückt worden war, wieder in den Vordergrund zu stellen. Dadurch entstanden einige Auseinandersetzungen. Es kam aber auch zur vorteilhaften Rivalität der beiden Volksgruppen: Wo ein deutscher Verein entstanden ist, hat man gleich auch einen tschechischen gegründet und umgekehrt.

Vor 100 Jahren begann der Große Krieg, dessen Folgen der Zerfall der Habsburger Monarchie und die Gründung der Nationalstaaten waren. Am 28. Oktober 1918 wurde die Unabhängigkeit des tschechoslowakischen Staates in Prag ausgerufen. Damit waren aber die Deutschen, die auf dem Gebiet des neuen Staates lebten, nicht zufrieden.

Sie wollten, dass die überwiegend von Deutschen bewohnten Gebiete einem deutschsprachigen Staat angeschlossen werden: Denn um diese Gebiete herum befanden sich deutschsprachige Länder. Und sie ließen dies spüren. In den überwiegend von Deutschen bewohnten Städten konnte der neue Staat seine Macht nur durch militärische Besatzung übernehmen. Dies geschah zwischen dem 1. November 1918 und dem 31. Januar 1919. Am 4. März 1919 kam es nach dem Aufruf der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei unter Josef Seliger in mehreren Städten zu Demonstrationen. Zu den Forderungen gehörte an erster Stelle das Selbstbestimmungsrecht, das auch bei der Friedenskonferenz in Paris als Hauptpunkt für die Angliederung der deutschsprachigen Gebiete angeführt wurde. Die Kundgebungen wurden aber kurz nach Mittag in mehreren Städten gleichzeitig durch Schüsse in die Menge zerschlagen. Dabei kamen auf der deutschen Seite 54 Menschen ums Leben (Kaaden/Kadaň – 25, Sternberg/Šternberk – 16, Karlsbad/Karlovy Vary – 6, Arnau/Hostinné – 2, Eger/Cheb – 2, Mies/Stříbro – 2, Aussig/Ústí nad Labem – 1).

Nach dem Zerfall der Habsburger Monarchie wurden aufgrund des Rechts auf Selbstbestimmung der Nationen Nationalstaaten gegründet. Die Tschechoslowakische Republik verstand sich zwar als Staat der Tschechen und Slowaken, konnte aber keinesfalls als Nationalstaat bezeichnet werden. In dem neuen Staat lebten außer den 6 Millionen Tschechen und 2,6 Millionen Slowaken auch 3,2 Millionen Deutsche, aber auch Ungarn, Polen und Russinen. Die Zahl der Deutschen war sogar höher als die der Slowaken, sie machte fast ein Drittel der Bevölkerung aus.

Trotzdem lebten die Deutschen mit den Tschechen im neuen Staat meistens friedlich zusammen, auch wenn zwischen den beiden Volksgruppen Spannungen zu spüren waren. Beigetragen dazu hat unter anderem die Politik der Staatsführung. So wurden die deutschen Staatsangestellten auch in den deutsch besiedelten Regionen durch Tschechen ersetzt. Selbst in den kleinsten Ortschaften dieser Regionen wurden neue Schulen für tschechische Kinder gebaut. Und man hat versucht, deutsche Eltern zu überzeugen, ihre Kinder in die besser ausgestatteten tschechischen Schulen zu schicken. Die Deutschen erlebten dadurch eine Art Diskriminierung und den Versuch der Tschechisierung.

Zu Beginn der 1930er Jahre wurde die Sudetendeutsche Partei gegründet und es kam zur Radikalisierung der politischen Szene. Nach dem Münchener Abkommen vom 29. September 1938 erfolgte die Eingliederung des Sudetenlandes, dessen Bevölkerung überwiegend deutschsprachig war, in den übrigen deutschen Sprachraum und ins Deutsche Reich. Am 15. März 1939 besetzte die Wehrmacht Prag und weitere Städte der sogenannten „Resttschechoslowakei“. Das Protektorat Böhmen und Mähren wurde erklärt, was die Spannungen zwischen den Tschechen und Deutschen sehr vertiefte. Alle Gräueltaten, welche das Naziregime dem tschechischen Volk angetan hat, wurden so den

Deutschen zugeschrieben – auch wenn die meisten Deutschen selbst unter den Grausamkeiten des Regimes gelitten haben.

Es mag dem Zuhörer vorkommen, als würde das, was ich bisher gesagt habe, vom Thema der Konferenz abweichen. Meiner Ansicht nach ist es aber in diesem Kontext wichtig, die Situation der Deutschen in der Tschechoslowakei in der Nachkriegszeit darzustellen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben aufgrund der Präsidialdekrete alle Deutschen die Staatsangehörigkeit verloren. Sie durften keine öffentlichen Plätze besuchen, auch nicht die Kirchen. Sie durften sich nicht versammeln und ihre Sprache benutzen. Sie mussten gekennzeichnet werden – mit einem weißen Armband, auf dem ein schwarzes N steht – Nemec. Sie bekamen keine Lebensmittelkarten, wurden enteignet, in Lager gezwungen und schließlich aus dem Land vertrieben. Von den 3,2 Millionen Deutschen vor dem Krieg blieben am Ende des Jahres 1946 nur noch etwa 280.000. Heute behaupten die tschechischen Politiker, dass der Transfer der Deutschen gemäß dem Potsdamer Abkommen durchgeführt wurde. Nun, die Potsdamer Konferenz wurde erst am 2.8.1945 abgeschlossen, aber die Transporte der Deutschen, besser gesagt, die Vertreibung, begannen schon lange vor diesem Datum (z. B. fing der erste Transport aus Troppau schon Ende Mai an). Mit Absicht habe ich Vertreibung gesagt. Denn die Deutschen sind nicht nur mit der Bahn in Viehwaggonen abtransportiert worden. In einigen der Grenze nahe liegenden Gebieten wurden sie zu Fuß über die Grenze gejagt.

280.000 Deutsche blieben zum Ende des Jahres 1946 im Land. Wer ist geblieben? Erstens die sogenannten Facharbeiter. Man brauchte sie, um die Volkswirtschaft in Schwung zu bringen. Dazu gehörten aber auch Berg- oder Landwirtschaftsarbeiter. Weiterhin konnten diejenigen bleiben, die den sogenannten Antifaschistenpass bekamen. Sie waren Personen, die beweisen konnten, dass sie sich entweder am Widerstand gegen das Naziregime beteiligt haben, oder vom Naziregime verfolgt wurden. Dies zu beweisen war nicht einfach. Es existierten hierzu keine Dokumente, und Deutsche waren keine Staatsbürger, um ein geltendes Zeugnis aufweisen zu können. Und was die Tschechen angeht: Sie hatten Angst. Es galten Verordnungen, die besagten, dass die Tschechen, die Deutschen helfen, als Deutsche betrachtet werden. Bleiben durften manche Ehepartner aus Mischehen. Meisten jedoch nur dann, wenn der Mann ein Tscheche war. Wenn er ein Deutscher war, blieb ihm die Vertreibung meistens nicht erspart.

Den Deutschen, die geblieben sind, wurde aber ein ähnliches Schicksal zuteil. Auch sie haben die Staatsangehörigkeit verloren, ihr Eigentum wurde konfisziert, auch sie wurden in Lager getrieben, und viele von ihnen wurden zur Zwangsarbeit im Inland verschleppt. Nur als Information: Das letzte Arbeitslager für die Deutschen wurde erst im Jahre 1952 aufgelöst. Die Schulaus-

bildung der verbliebenen Deutschen wurde nicht anerkannt, und sie konnten meist nur unqualifizierte Arbeit leisten. Qualifizierte Arbeit wurde ihnen dann zugeteilt, wenn kein Tscheche dafür in Frage kam. Sie wurden aber nur als Unqualifizierte bezahlt, außerdem wurde noch 20% ihres Lohns für den Fonds für den Wiederaufbau der Republik abgezogen. Den deutschen Jugendlichen war die Ausbildung nicht gestattet. Dies hat am meisten die Kinder des Jahrganges 1939 betroffen, die gerade 1945 hätten eingeschult werden sollen. Die meisten Kinder dieses Jahrganges wurden demgemäß nicht eingeschult. Begründet wurde dies damit, dass es in diesem Land für die Deutschen keine Schulen gebe, und niemals geben werde. Es muss aber auch gesagt werden, dass dies von Ort zu Ort unterschiedlich war, weil es dazu keine zentrale Anordnung gab. In der ersten Nachkriegsverfassung vom 9. Mai 1946 wurde festgelegt, dass die Tschechoslowakei ein Staat der Tschechen und Slowaken sei. Keine andere Nationalität, keine Minderheit wurde in dieser Verfassung erwähnt.

Zur ersten Besserung der Lage der verbliebenen Deutschen kam es im Jahre 1952 durch ein Gesetz zur Wiedereinbürgerung. Sie wurden aber noch immer als Staatsfeinde angesehen. Weiterhin war es sehr schwierig, den Kindern das Studium zu ermöglichen. Hier muss aber hinzugefügt werden, dass dies nicht nur deutsche Kinder betroffen hat. Es war nur einer der vielen Gründe, denen zufolge das Studium verweigert wurde. Die neue Verfassung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik aus dem Jahr 1960 hat sogar anerkannt, dass im Lande auch andere Nationen außer den Tschechen und Slowaken leben. Die Deutschen wurden allerdings nicht erwähnt. Auch deshalb durften sich die Deutschen weiterhin nicht organisieren.

Der Prager Frühling 1968 brachte Erleichterungen im ganzen politischen Leben mit sich. Da in der Verfassung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik aus dem Jahr 1968 auch die Deutschen erwähnt wurden, nutzten dies die Deutschen zur Gründung der „Organisation der Deutschen“. Der Gründungsprozess war noch nicht zu Ende, als die Hoffnungen auf politische Freiheit von den Panzern der Staaten des Warschauer Paktes zerstört wurden. Eins ist aber doch gelungen: Die erste deutsche Organisation seit Kriegsende, der „Kulturverband der Bürger der deutschen Nationalität in der Tschechoslowakei“, wurde Anfang 1969 genehmigt. Schon damals kam aber die Zeit der sogenannten Normalisierung, die noch strenger war, als die Zeit zuvor. Der Kulturverband der Deutschen wurde zwar genehmigt, aber die Führung entsprach dem Willen der Kommunisten nicht. Sie wurde deshalb von regimetreuen Funktionären ersetzt. Der Kulturverband hat bestimmt viele notwendige und wichtige Arbeit geleistet. Jedoch konnte er dies nicht auf dem Gebiet des ganzen Staates tun. Ermöglicht war es ihm nur in Prag, Brünn, und in den an „das gute“ Deutschland angrenzenden Gebieten.

Diese Situation dauerte bis zur politischen Wende 1989 an.

Nach der politischen Wende 1989 bemühten sich die Gründer des Kulturverbandes darum, die Führung des Kulturverbandes wieder zu übernehmen, was ihnen aber nicht gelungen ist. Deshalb haben sie 1990 einen neuen, demokratisch geleiteten Verband, den „Verband der Deutschen in der Tschechoslowakei“, gegründet. In der Zeit gründeten auch Deutsche in anderen Regionen ihre Vereine. Damit alle diese Vereine einheitlich gegen die Staatsbehörden auftreten konnten, wurde im November 1992 die Landesversammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien als Dachorganisation der deutschen Vereine gegründet. Dazu gehören zurzeit alle Vereine der Deutschen in ganz Tschechien, außer dem Kulturverband. Auch dieser hat sich an der Vorbereitung der Landesversammlung beteiligt, aber kurz vor deren Gründung die Zusammenarbeit unterbrochen. Seine Einstellung hat er bis heute nicht geändert. Zurzeit existieren in der heutigen Tschechischen Republik 23 Verbände der Deutschen, welche sich zur Landesversammlung bekennen und dazu noch der Kulturverband.

Noch vor der Teilung der Tschechoslowakei wurden die Restitutionsgesetze vom damaligen Tschechischen Nationalrat verabschiedet. Nach diesen sollte das von den Kommunisten verstaatlichte Eigentum den ursprünglichen Besitzern oder ihren Erben zurückgegeben werden. Als entscheidendes Datum galt der 25. Februar 1948, der Tag der Machtübernahme der Kommunisten. Darauf, was vor diesem Datum vom Staat enteignet wurde, beziehen sich diese Gesetze nicht. Das bedeutet, dass das konfiszierte deutsche Eigentum nicht zurückgegeben werden konnte. Das ist aber nur die Hälfte der Wahrheit: In der Tat wurde auch dieses zurückgegeben, aber nicht den ursprünglichen Eigentümern, den Deutschen, sondern den Tschechen. Denjenigen, die dieses nach dem Kriegsende übernommen haben und denen dieses später von den Kommunisten weggenommen wurde.

Das geschah auch in Fällen, in denen die ursprünglichen deutschen Eigentümer noch vor Ort lebten und die Rückgabe selber beantragt hatten. Sogar in Fällen, in denen die Enteignung später durchgeführt wurde und dadurch mit einem späteren Datum, mit der Bemerkung „Konfisziert nach Präsidialdekret“ in die Grundbücher eingetragen wurde. Nach den Behörden ist das Eigentum, welches den Deutschen auf Grund der Präsidialdekrete enteignet wurde, aus der Rückgabe voll ausgeschlossen. Jetzt stellt dies ein Problem beim Ausgleich mit den Kirchen und Kirchengemeinden dar.

Wie leben die Deutschen in der Tschechischen Republik heute? Der letzten Volkszählung nach, die 2011 stattfand, sind es nur noch 18.772 Menschen, die sich zur deutschen Nationalität bekennen – im Jahre 2001 waren es 38.321 und 1991 sogar 48.556. Wir werden zwar von der Seite des Staates offiziell nicht diskriminiert, aber trotzdem spüren wir noch immer das Unrecht, welches vom Kriegsende den Deutschen angetan wurde. Auch dadurch, dass wir für das Unrecht der Nachkriegszeit bis heute nicht entschädigt wurden. Wegen

der inneren Vertreibung leben die Deutschen zerstreut im ganzen Land und haben so keine Möglichkeiten, um zum Beispiel Minderheitsschulen zu gründen. Die einzige private deutsche Schule, deren Träger die Landesversammlung ist, befindet sich in Prag. Sie wird aber zum großen Teil von Kindern der in Prag lebenden deutschsprachigen Diplomaten und Unternehmer besucht.

Die Lage der deutschen Kultur ist auch nicht leichter. Für die Erhaltung des Kulturerbes unserer Vorfahren sorgen überwiegend unsere Begegnungszentren mit ihren Kulturgruppen. Wenn deutsche Kultur importiert wird, dann meistens nur nach Prag oder in die Großstädte. Hier leistet das Goethe-Institut eine große Arbeit. Aber wieder meistens in Prag oder an Orten, welche Deutschland näher liegen. In den östlichen Teil der Republik kommen kaum deutsche Künstler. Die Unterstützung der deutschen Kultur seitens der Behörden ist sehr beschränkt. Vom Staat wird die einzige auf Deutsch geschriebene Zeitschrift der deutschen Minderheit im Land, die „Landeszeitung“, unterstützt. Sie kann aber aus finanziellen Gründen nur einmal im Monat erscheinen, was bedeutet, dass sie nicht besonders aktuell sein kann.

Ich habe schon erwähnt, dass für die Erhaltung des deutschen Kulturerbes unserer Vorfahren hauptsächlich Begegnungszentren sorgen. Im ganzen Land gibt es 14 solcher Zentren (Eger/Cheb, Plzeň/Pilsen, Komotau/Chomutov, Liberec/Reichenberg, Gablonz/Jablonec nad Nisou, Prag/Praha, Trutnov/Trautenau, Mährisch Trübau/Moravská Třebová, Mährisch Schönberg/Šumperk, Troppau/Opava, Deutsch Krawarn/Kravaře ve Slezsku, Hultschin/Hlučín, Havířov, Brünn/Brno). Getragen werden sie von den Verbänden der Deutschen und finanziell unterstützt von der Bundesrepublik Deutschland. Neben der Pflege des Kulturerbes unserer Vorfahren haben sie sich auch zu einem wichtigen Treffpunkt nicht nur für die verbliebenen Deutschen, sondern auch für die deutsche Minderheit mit der tschechischen Majorität entwickelt. Dies ermöglichen verschiedene Veranstaltungen, wie Vorträge, Diskussionen, Buchvorstellungen, Ausstellungen usw.

Auf einen Aspekt möchte ich noch in diesem Kontext eingehen: die Stellung der Majoritätsbevölkerung zu der deutschen Minderheit. Während der Zeit des Kommunismus wurden die Deutschen immer mehr oder weniger als Feinde dargestellt. Sie seien es gewesen, deren jeweilige Standpunkte den Fall der Republik 1939 verursacht hätten. Sie seien es gewesen, die mit den deutschen Revanchisten sympathisiert hätten. Und ihnen könne man deswegen nicht vertrauen. Diese Ansichten wurden verbreitet, obwohl der Vertrag über gute Nachbarschaft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakei bereits im Jahr 1972 unterzeichnet worden war. Noch kurz nach der Wende war ein gewisser Hass von der Seite der Majorität zu spüren, was sich aber schon geändert hat. Heute ist die deutsche Minderheit, genauso wie andere im Land lebende Minderheiten, völlig anerkannt. Nur vor den Wahlen ziehen einige Parteien die „Sudetendeutsche Karte“. Und diese hat leider

immer noch Erfolg (wie es bei der jüngsten Präsidentenwahl zu sehen war), auch wenn sie nicht mehr so überzeugend ist.

Ich hoffe, dass ich ihnen das Bild der deutschen Minderheit in der Tschechischen Republik ausführlich vorgestellt habe, auch wenn dieses Bild nicht ganz umfassend sein konnte.



Benjamin Józsa

RUMÄNIEN

Als ich gestern im kleinen Kreis gefragt wurde, wie die aktuelle Situation der Rumäniendeutschen aussieht, habe ich im Scherz gesagt, dass wir, je weniger wir werden, desto mehr Macht haben.

Dass dies nicht nur ein Bonmot ist, möchte ich anhand der aktuellen Situation in Rumänien ein wenig erklären. Rumänien steht momentan ganz im Zeichen des Wahlkampfes, es wird ein neuer Präsident gewählt. Der erste Wahlgang findet am Sonntag, den 2. November, statt, und die Chancen stehen gut, dass der neue Präsident Rumäniens ein Rumäniendeutscher sein wird, nämlich der Bürgermeister von Hermannstadt, Klaus Johannis.

Dass es so weit gekommen ist, muss man am Beispiel Hermannstadts erklären. Vorweg, die Rumäniendeutschen weisen eine sehr heterogene Bevölkerungsstruktur auf. Das heißt die Rumäniendeutschen als solche gibt es nicht. Die Deutschen kamen in mehreren Ansiedlungswellen auf das Gebiet des heutigen Rumäniens. Die älteste Siedlergruppe war die der Siebenbürger Sachsen, die sich vor allem um das politische Zentrum Hermannstadt, das rumänisch Sibiu heißt, niedergelassen haben. Diese Rumäniendeutschen waren immer politisch aktiv, schon seit dem Mittelalter gehörten sie zum siebenbürgischen Ständesystem, und der Umbruch 1989 war für sie der Zeitpunkt, an dem sie gesagt haben: Nicht mehr ohne uns über uns reden. Dieser Wahl-

spruch gilt weiter, insbesondere in Hermannstadt im Zentrum des Landes, wo es nach dem Umbruch 1989 immer aktive deutsche Stadträte gegeben hat, zunächst vier, schließlich nur einen. Dann kam das Jahr 2000, und da man sich im Forum auf dem „absteigenden Ast“ wähnte, stellte man einen Bürgermeisterkandidaten auf, in der Hoffnung, dieser würde für eine größere Sichtbarkeit sorgen und somit in den Stadtrat kommen. Wir haben dazu noch vier Mitglieder unserer Minderheit dazu bewegt, ihre Unterschrift unter die Kandidatur zu setzen, nicht ohne ihnen hoch und heilig zu versprechen, dass sie sicherlich nicht gewählt würden.

Es kam dann in Hermannstadt zu einer Protestwahl, bei der sich eine besondere Situation ergab: Man hat bisher immer bürgerlich gewählt, nie sozialdemokratisch. Allerdings stellten die bürgerlichen Parteien immer nur schwache Kandidaten auf, von denen die Wähler enttäuscht waren. Bei dieser Protestwahl wurde Klaus Johannis überraschenderweise zum Bürgermeister gewählt. Von unseren Stadträten, denen man versprochen hat, dass sie nicht gewählt werden, wurden allesamt gewählt, wir haben sogar mehr Mandate errungen, als wir Leute auf den Listen hatten, was die anderen Parteien natürlich gefreut hat. 2004 hat man es dann besser gemacht, man ist mit kompletter Liste zur Wahl gegangen, seitdem werden in Hermannstadt zwei Drittel der Stadträte vom Deutschen Forum gestellt. In einer Stadt, in der die Rumänen die große Mehrheit sind, und es noch etwa 1,6% Deutsche gibt, schafft es das Forum nun schon seit zwölf Jahren, zwei Drittel des Stadtrates zu stellen!

Die Deutschen in Rumänien sind in einer ganz anderen Situation, als die Deutschen in anderen Staaten des Ostblocks: Sie sind gut angesehen. Die Deutschen wurden immer als „das zivilisatorische Element“ gesehen. Dieses stelle ich in Anführungszeichen, denn so sagen es die Rumänen selbst. Der Bürgermeister und die Stadträte haben sich an die Arbeit gemacht, die Stadt erblühte und es bestand keine Veranlassung, einen anderen Bürgermeister oder einen anderen Stadtrat zu wählen, sodass der Bürgermeister immer mit – wie wir scherzhaft sagen – Fidel-Castro-Ergebnissen gewählt wurde, obwohl es freie Wahlen waren.

Die Besonderheit an diesen Gesamtzusammenhängen ist nicht der deutsche Bürgermeister, sondern die Tatsache, dass die Demografie der Deutschen das Ergebnis nicht hergibt. In der Zwischenkriegszeit, in den 1930er Jahren überstieg die Zahl der Deutschen in Rumänien nie 800.000. Während des Krieges und in der Zeit danach ging es „bergab“, im Jahre 1989 kam der große Exodus, als 150.000 bis 200.000 Menschen in zwei Jahren nach Deutschland aussiedelten. Die Volkszählungsergebnisse aus dem Jahre 1992 ergeben 120.000 Deutsche, 2002 sind es dann 60.000 Deutsche und bei der letzten Volkszählung 2011 nunmehr 36.000 Deutsche, von denen sich etwa 25.000 zur deutschen Muttersprache bekennen. Diese wird bei uns bei einer Volkszählung ebenfalls abgefragt.

Damit ist in Hermannstadt auch ein anderes Problem geboren: Wir waren plötzlich in einer Machtposition, vertraten aber nicht mehr die Deutschen allein, sondern die Mehrheitsbevölkerung. Die Mehrheitsbevölkerung, die das Vertrauen hatte, dass wir das besser machen könnten, als es die eigenen Vertreter machen würden. Das ist eigentlich, wenn man es genau betrachtet, ein guter europäischer Gedanke. Das haben wir auch bei den vielen deutschen Politikern unterstrichen, die vor dem EU-Beitritt im Jahre 2007 Hermannstadt besuchten und sich bemüht fühlten, uns zu beraten: Ihr seht hier einen europäischen Gedanken, den ihr in Deutschland so nicht habt. Erst wenn zwei Drittel im Stadtrat von Bautzen von Sorben gestellt werden, dann können wir von einer gleichen Situation reden.

Aber um nicht den Gedanken zu erwecken, dass wir nur Politik betreiben – denn Politik ist ja nur ein Mittel zum Zweck, und kein Zweck an sich – möchte ich zu den anderen Bereichen kommen, mit denen sich die deutsche Minderheit in Rumänien beschäftigt: Wir kämpfen zurzeit mit den üblichen Problemen, die die anderen Länder im ehemaligen Ostblock auch haben; vor allem mit Schulproblemen. Die Schule ist einer der wichtigsten Identitätsträger einer Minderheit, wie auch Staatssekretär Soltész eingangs gesagt hat, aber wir haben eine kleine Anomalie im Schulsystem, nämlich ein gutes, flächendeckendes, deutsches, staatlich gefördertes Schulsystem. Als es in den anderen Ländern, ich denke jetzt an Tschechien oder Polen, verboten war, ein deutsches Wort zu sagen, hat der rumänische Staat die deutschen konfessionellen Schulen übernommen, und in eigener Trägerschaft weitergeführt. Es gab in der tiefsten stalinistischen Zeit und später in den bösen Ceaușescu-Jahren deutsche Kindergärten, Grundschulen, Gymnasien und Lyzeen (das Schulsystem orientiert sich bekanntlich am französischen Modell) sowie Germanistik-Fakultäten im ganzen Land. Mittlerweile haben wir etwa 90 Schulen oder Abteilungen in deutscher Sprache im ganzen Land, haben 70 Fakultäten in deutscher Sprache, ebenfalls landesweit, und das bezieht sich nicht nur auf die Germanistik, sondern man kann auch Geografie, Europäische Studien oder Mathematik sowie Wirtschaft und eine ganze Reihe weiterer Studiengänge auf Deutsch studieren. Unser Problem ist natürlich die Demografie, die Zahl der deutschen Schüler und Studenten geht dramatisch zurück.

Die zweite Anomalie ist, dass unsere Schulen von der Mehrheitsbevölkerung getragen werden. Über 90 Prozent der Schüler der deutschen Schulen sind ethnische Rumänen, die sich bewusst für den Besuch dieser als Eliteschulen geltenden deutschen Schulen entschieden haben. Wenn wir beispielsweise das Abitur nehmen, das landesweit etwa 47-48% schaffen, so haben wir beim Hermannstädter Brukenthal-Gymnasium eine Erfolgsquote von 100%. Das zeigt, dass das deutsche Schulsystem von den Leuten gesucht wird, dass es gute Leute anzieht, und dass die Mehrheitsbevölkerung diese Schulen mittragen möchte. Natürlich nicht uneigennützig, das ist völlig klar. Keiner geht aus Liebe zu den Deutschen zur Schule. Die Leute gehen hin, weil sie sich bessere

Chancen auf dem Arbeitsmarkt versprechen, das Deutsche ist immerhin eine große europäische Sprache, die Sprache einer großen tragenden Wirtschaft in Europa. Deswegen und nicht aus anderen Gründen trägt die Mehrheitsbevölkerung das deutsche Schulsystem.

Neben der Schule ist die Wirtschaft der zweite wichtige Bereich. Man versucht natürlich immer wirtschaftlich zu denken. Als Geschäftsführer des Forums der Deutschen in Rumänien werde ich immer gefragt, wer das Ganze bezahle. Unsere institutionellen Förderungen kommen zum größeren Teil vom rumänischen Staat über das Generalsekretariat der Regierung. Dieses finanziert die 19 anerkannten Minderheiten in Rumänien, zu denen die große ungarische Minderheit, die Roma, die Deutschen, aber auch kleinere Minderheitengruppen wie Griechen, Türken, Tataren, Italiener, Albaner usw. gehören.

All diese sind mit je einem Abgeordneten im Parlament vertreten. Sie müssen ein kleineres Quorum erfüllen, d.h. 10% der Stimmen erreichen, die ein rumänischer Abgeordneter im Durchschnitt selbst erreicht. Die Fraktion der „kleinen Minderheiten“ – die ungarische Minderheit schafft die Fünf-Prozent-Hürde und ist nicht gemeint – ist das Zünglein an der Waage im Parlament. Wenn man Mehrheiten organisiert, kann man das nicht ohne die kleinen Minderheiten. Sie tun gut daran, diesen Hebel zu nützen.

Der nächste Bereich, in dem Kultur und Wirtschaft miteinander verwoben sind, ist die Eigentumsrückgabe. Anders als in Tschechien und anderen Ländern gab und gibt es bei uns eine Rückgabe des in der kommunistischen Zeit enteigneten Eigentums. Unser Abgeordneter hat es zusammen mit dem Abgeordneten der jüdischen Gemeinschaft geschafft, 1940 als das Jahr des Beginns der Enteignung anzuerkennen. Es gab Häuser- und Bodenrückgaben in mehreren Wellen. Die Gesetze wurden zwar nicht immer einwandfrei angewendet, doch gab es eine Restitution an ehemalige Besitzer von Ackerflächen, von Häusern, Rückgabe von Kircheneigentum und die Rückgabe von Gemeinschaftseigentum. In Hermannstadt haben wir das älteste und eins der größten Museen des Landes zurückbekommen, das Brukenthal-Museum; Baron Samuel von Brukenthal hat sein Palais mitsamt Kunstsammlungen nach dem Aussterben der männlichen Linie seiner Familie der evangelischen Kirchengemeinde in Hermannstadt vermacht, sodass es die evangelische Kirche aufgrund des Gesetzes zurückerhalten konnte. Seither betreiben wir es in einem paritätischen Gremium mit dem Kultusministerium. Das Kultusministerium finanziert das Museum allerdings zu 100%.

Das ist auch eine Überschneidung zwischen Kultur und Wirtschaft: Man versucht, das Gemeinschaftseigentum zusammenzuhalten und daraus zu leben. Der Bürgermeister und der Stadtrat von Hermannstadt haben diese Maxime auch der Stadtentwicklung zugrunde gelegt: Man musste Investoren anziehen. Der Wirtschaftsstandort Rumänien ist gerade in Siebenbürgen sehr

beliebt bei den deutschen Firmen. Die 200 Hektar des Industrieparks Hermannstadt waren innerhalb eines knappen Jahres weg wie warme Semmeln. Wie das zu erklären ist? Man ist den Investoren so weit wie möglich entgegengekommen, sei es mit guten Preisen, Erschließung des Grundstückes und deutschsprachigen Mitarbeitern, an die sich die Investoren wenden konnten.

Ich möchte es am Beispiel Siemens erklären: Die Firma Siemens plante ebenfalls einen Industriestandort und wollte im Gegenzug eine Partnerschaft mit der Ingenieursfakultät aufbauen. Als es soweit war, bekamen die Investoren einen deutschsprachigen Mitarbeiter zur Seite, der mit ihnen zu den verschiedenen Ämtern ging, um das Gewerbe anzumelden. Am nächsten Tag rief der Bürgermeister eine außerordentliche Sitzung des Stadtrates zusammen, der Firma wurde die Parzelle zugeteilt und am dritten Tag konnten sie anfangen zu bauen. Versuchen Sie das einmal in Deutschland!

Drittens ist es aber die Kultur, die uns trägt – Kultur und Brauchtumspflege. Hier versucht das Forum, die deutsche Kultur flächendeckend zu finanzieren. Wir leisten uns einen ganz besonderen Luxus, nämlich die einzige deutschsprachige Tageszeitung Südosteuropas: Das Demokratische Forum der Deutschen in Rumänien ist der Herausgeber der einzigen deutschsprachigen Tageszeitung Südosteuropas, welche sie sich ungefähr 20% des Budgets kosten lässt. Das ist ein sehr gutes Projekt. Diese Zeitung kommt dann der ganzen Minderheit zugute, man wird über ganz spezifische Minderheitenthemen informiert, nicht nur über Themen, die man in den üblichen Print- oder Onlinemedien nachlesen kann. Dazu kommen die in den meisten Ortschaften vorhandenen Tanzgruppen oder Blaskapellen, Chöre oder Theatergruppen, die wir ebenfalls finanzieren und gleichzeitig versuchen, sie auf solide Beine zu stellen, damit sie auch im Falle des Falles ohne Subventionen weiterleben können.

Wenn unser Hermannstädter Bürgermeister und Präsidentschaftskandidat (wobei einschränkend gesagt werden muss, dass dieser nicht seitens des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien kandidiert, sondern für die Nationalliberale Partei – einen Präsidentschaftswahlkampf könnte sich eine kleine Formation wie das Forum gar nicht leisten) als Präsident Rumäniens gewählt wird, dann wird der Diskurs in Rumänien ganz sicher ein anderer werden, und in drei Jahren kann ich andere Sachen berichten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!



Ján König

SLOWAKEI

In meinem Beitrag geht es um die Karpatendeutschen in der Slowakei. Unsere Geschichte verlief ähnlich der in anderen Ländern: Die Welle der deutschen Gäste erreichte den Höhepunkt im 13. und 14. Jahrhundert. Den neu ankommenden Deutschen wurde zugesagt, dass sie nach dem heimischen deutschen Recht in der Slowakei würden leben dürfen. Während der Hussiten- und Türkenkriege und später durch die Magyarisierung verringerte sich der Anteil der Deutschen stark. Im 20. Jahrhundert lebten in der Slowakei insgesamt 150.000 Deutsche. Den Begriff „Karpatendeutscher“ prägte der Historiker Raimund Friedrich Kaindl Anfang des 20. Jahrhunderts, mit dem er die Deutschen in der Slowakei und der Karpatenukraine bezeichnete.

Neben den Millionen Deutschen aus dem Osten gehörten auch die Karpatendeutschen zu den Leidtragenden des von Deutschland verursachten Krieges und der Machtpolitik von Stalin und Beneš. Im November 1944 begann die Evakuierung, insgesamt waren zwei Drittel der Karpatendeutschen davon betroffen.

Schwer war die Lage der Karpatendeutschen, die aus verschiedenen Gründen in der Slowakei geblieben sind. Aufgrund der Beneš-Dekrete sind sie recht- und besitzlos geworden. Bei der Volkszählung 1950 haben sich 5.200 Bewohner zur deutschen Nationalität bekannt. Im Jahr 1980 waren es nur noch 2.800. Die zielbewusste Assimilierung

und das vollkommen absentierende deutsche Schulwesen haben dazu geführt, dass die Karpatendeutschen Ende der 1980er Jahre in ihrer Existenz vollkommen bedroht waren. Ein neues Licht der Hoffnung ist nach der Wende 1989 aufgegangen. Bei der Volkszählung 1991 haben sich 5.600 als Deutsche gemeldet, der letzten Volkszählung 2011 zu Folge ist die Zahl aber auf 4.690 gesunken. Es wird jedoch angenommen, dass diese Anzahl mindestens doppelt so hoch ist.

Zum Karpatendeutschen Verein in der Slowakei: Der Verein ist eine überparteiliche, überkonfessionelle Vereinigung von Bürgern der Slowakischen Republik, die deutscher Nationalität, deutscher Herkunft oder deutscher Muttersprache sind sowie von Sympathisanten der deutschen Minderheit in der Slowakei und ihrer Kultur. Der Verein wurde 1990 gegründet. Die Hauptziele des Vereins sind vor allem die Erneuerung und Festigung der Identität der deutschen Minderheit in der Slowakei sowie allseitige Unterstützung und Förderung auf dem kulturellen, gesellschaftlichen, sozialen, bürgerlichen und wirtschaftlichen Gebiet.

Seit Juli 1992 erscheint in der Slowakei das „Karpatenblatt“ als Monatszeitung, die einzige deutsche Zeitung in der Slowakei. 1994 wurde das Museum der Kultur der Karpatendeutschen in Pressburg/Bratislava gegründet. Die Karpatendeutschen leben auch heute noch in ihren traditionellen Siedlungsgebieten, diese Tatsache spiegelt sich auch im Organisationsbereich und im Aufbau des Vereines wider. Der Karpatenverein mit seinen rund 5.000 Mitgliedern ist in 32 Ortsgemeinschaften unterteilt, rund 1.000 von ihnen sind jünger als 35 Jahre. Die karpatendeutschen Jugendlichen sind im Rahmen des Vereins organisiert, sie sind aktiv, die Landesleitung des Karpatendeutschen Vereins unterstützt die Jugendinitiative. In den Ortsgemeinschaften des Vereins sind viele Sing- und Tanzgruppen tätig, die das jahrhundertealte deutsche kulturelle Erbe und die traditionelle deutsche Volkskunst pflegen. Mit Hilfe der Bundesrepublik Deutschland wurden in der Slowakei fünf Begegnungstätten des Vereins eingerichtet und im Jahr 1994 eröffnet. Diese Tatsache stellt die Tätigkeit des Vereins auf eine solide Basis und ermöglicht eine Reihe von Aktivitäten wie Literatur- und Musikabende, Ausstellungen und andere Formen des Zusammentreffens und soll für verschiedene Alterskategorien ausgeweitet werden.

Zur jetzigen Situation der Karpatendeutschen in der Slowakei: Wie schon erwähnt, leben in der Slowakei ungefähr 5.000 Karpatendeutsche. Wir schätzen aber die tatsächliche Anzahl als etwa doppelt so hoch. Warum ist das so? Wegen ihrer persönlichen Erlebnisse besteht bei den Menschen immer noch eine innere Angst, sich irgendwo als Deutsche einzutragen. Bei der Volkszählung konnten nur die großen Minderheiten (Ungarn, Roma usw.) explizit angegeben werden, für die kleineren war auf dem Formular keine Abfrage zu finden, lediglich die Formulierung „andere Nationalität“. Die Deutschen haben sich mit einer starken identifikatorischen Position dazu geäußert, die lautete: „Wir sind keine Anderen, wir sind Deutsche!“ Mit dem Protest der kleinen Nationalitäten

hat man nicht gerechnet. Wir haben die Ergebnisse gründlich überprüft: In einigen Ortschaften, in denen sich laut Umfrage fünf oder sechs Menschen als Deutsche bekannten, hat unser Verein 60 bis 90 Mitglieder.

Tatsache ist, dass in der Slowakei die kleinen Minderheiten keine parlamentarische Vertretung haben. Mit Ausnahme der ungarischen Minderheit ist keine andere in der Lage, die gesetzliche Hürde von 5% für den Einzug ins Parlament zu erreichen. Auch auf der Ebene regionaler Verwaltung ist dies unrealistisch. Das halten wir für ein politisches Defizit der Demokratie in der Slowakei.

Über die finanzielle Situation des Karpatendeutschen Vereins: Wir sind für die finanzielle Unterstützung des Vereines seitens der Bundesrepublik Deutschland und einiger anderer Länder dankbar und hoffen, dass diese auch nach dem EU-Beitritt der Slowakei fortgesetzt wird.

Was das Zusammenleben der Deutschen mit anderen Minderheiten betrifft, sehen wir keine größeren Probleme. Die Beziehungen zu den Slowaken kann man mit dem Verhältnis von Tschechen und Sudetendeutschen nur teilweise vergleichen. Sicher sind sie aber nicht mit so vielen Problemen belastet.

Zur Pflege der deutschen Sprache: Im Jahre 2001 lernten an den Gesamtschulen und den Gymnasien rund 340.000 Schüler Deutsch. Das bedeutet also, dass 2001 bei einer Gesamtzahl von etwas mehr als 640.000 Schülern jeder zweite Schüler Deutsch als erste oder zweite Fremdsprache lernte. Leider hat sich diese Situation in eine negative Richtung verändert. Per Gesetz wurde Englisch als erste Pflichtsprache eingeführt, und dementsprechend ist an den Schulen das Interesse an der deutschen Sprache stark zurückgegangen. Es muss offen gesagt werden, dass wir unsere Hauptziele im Bereich des Schulwesens und der damit verbundenen Revitalisierung der deutschen Muttersprache bisher nicht erreicht haben. Die Gründe dafür liegen sicherlich in der Geschichte der Minderheit, daraus sollte man lernen. Es ist dennoch wichtig, in dieser schwierigen Situation realistische Ziele aufzustellen und den Weg in diese Richtung zu suchen.

Schon kurz nach 1993 hatte sich herausgestellt, dass nirgendwo im Land die Chance bestand, muttersprachlichen Unterricht abzuhalten. Zu wenige Kinder sprachen zu Hause noch Deutsch. Es musste zunächst einmal grundsätzlich darum gehen, wieder Deutschunterricht möglich zu machen. In den letzten Jahren wurden die Grundschulen von den Selbstverwaltungen und den Gemeinden übernommen. In vielen Ortsgemeinden haben unsere Kinder gar keinen Zugang zum Deutschunterricht oder nur eine oder zwei Stunden Deutschunterricht pro Woche, das genügt aber leider nicht für das effektive Lernen einer Sprache.

Wenn man über die Unrechtshandlungen der Beneš-Dekrete spricht, muss man sagen, dass es eine Reihe von diesen gab, jedoch waren die Ungarn und die Deutschen nur von einigen von ihnen betroffen. Es waren besonders die Dekrete über die Enteignung der Vermögenswerte, die Aberkennung der Staatsbürgerschaft und der Arbeitspflicht. Mit diesen Dekreten wurde die kollektive Schuld aller Bürger deutscher und ungarischer Nationalität beschlossen, ohne die Schuld oder Unschuld der einzelnen Personen zu prüfen. Ich bin davon überzeugt, dass für die Mehrheit der Karpatendeutschen und auch unseren Landsleuten im Ausland die Frage des Unrechts vor allem eine Frage der Moral ist und immer bleiben wird.

Zum Schluss möchte ich noch ein Wirtschaftsprogramm erwähnen, das sich in der Slowakei zu Gunsten der Gewerbetreibenden und Kleinbetriebe auswirkt. Nach Anforderungen des Innenministeriums haben wir vor 20 Jahren die Karpatendeutsche Assoziation gegründet. Das ist ein Hilfsprogramm der Bundesrepublik Deutschland speziell für die Karpatendeutschen in der Slowakei und ihrem Umfeld. Finanziell unterstützt werden Handwerk, Gewerbe, Landwirtschaft, Dienstleistungen und Gesundheitswesen mit dem Schwerpunkt der Regionen in der Slowakei, in welchen die Karpatendeutschen lebten.

In der 20-jährigen Tätigkeit dieser Stiftung als „Hilfe zur Selbsthilfe“ wurden mit einer Summe von 8,5 Millionen Euro 530 kleine Betriebe gefördert. Dieses Wirtschaftsprogramm hat unsere Siedlungsgebiete gestärkt, und das Interesse für Kredite ist weiterhin gefragt. Ich betreue als Vorsitzender der Karpatendeutschen Assoziation diese Stiftung; wir sind im Stande, jedes Jahr 30 Projekte auszuführen und so die Kleinunternehmen mit 600.000 bis 700.000 Euro pro Jahr zu unterstützen.



Zorislav Schönberger

KROATIEN

1. Einleitung

Mehr als 300 Jahre lang haben Deutsche im Gebiet des heutigen Kroatiens, überwiegend im östlichen Landesteil (Donaugebiet), gesiedelt. Ihre organisierte Ansiedlung begann nach dem Ende der 200-jährigen türkischen Herrschaft Ende des 17. Jahrhunderts. Damals reisten Menschen aus Mitteleuropa, überwiegend aus Schwaben und Baden, aber auch aus Österreich, mit improvisierten Schiffen – den sogenannten Ulmer Schachteln – die Donau und ihre Nebenflüsse herunter, wodurch der Name „Donauschwaben“ entstand. Im 18. Jahrhundert gab es insgesamt drei große Ansiedlungswellen: Die erste – „Schwabenzug“ genannt – setzte Karl VI. von Habsburg im Jahr 1722 in Gang. Die zweite in den Jahren 1748 bis 1771 fällt in die Herrschaftszeit von Kaiserin Maria Theresia, und die letzte erfolgte zur Regierungszeit Joseph II. zwischen 1784 und 1787. Die Schwabenfamilien siedelten im Gebiet des heutigen Kroatiens, in Slawonien, Baranya und Syrmium. Bereits 1910 waren es 134.000 Menschen, 1944 (vor dem großen Exodus) sogar 150.000.

Die Ansiedler erwartete im Donaugebiet eine morastige Ebene, die urbar und fruchtbar gemacht werden musste. Unter diesen schweren Umständen entstand der berühmte schwäbische Spruch, der in kürzester Form das Schicksal der angesiedelten Donauschwaben beschreibt: „Den Ersten der Tod, den Zweiten die Not, erst den Dritten das Brot.“

Das Flachland von Pannonien wurde auf diese Weise auch dank der Bemühungen der deutschen Ansiedler im 18. Jahrhundert zur „Getreidekammer der Donaumonarchie“.

Schon der Leidensweg nach dem Ersten Weltkrieg verminderte die Zahl der Donauschwaben dann auf nur ein Drittel, doch das Leid der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg hat bis heute Nachwirkungen für die ganze Schwabenethnizität in diesen Gebieten. Der Zweite Weltkrieg verursachte riesige menschliche und materielle Verluste.

2. Verluste im Zweiten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit

Bis November 1944 wurde eine enorme Anzahl an Donauschwaben aus dem heutigen Kroatien nach Deutschland und Österreich evakuiert.

Die Donauschwaben auf dem Gebiet des gesamten Ex-Jugoslawiens wurden durch den Beschluss des AVNOJ-Präsidiums vom 21. November 1944 entrechtet: Wie alle Deutschen wurden sie kollektiv zu Schuldigen für die Gräueltaten der Nationalsozialisten erklärt: Man entzog ihnen jegliche Bürgerrechte, enteignete sie ihres mobilen wie immobilien Besitzes, sperrte sie in Arbeitslager und vertrieb sie schließlich aus dem Land. Die Partisanen gründeten ab Ende 1944 und nach dem 9. Mai 1945 sogenannte Arbeitslager. Aus dem Gebiet des heutigen Kroatiens wurden die ungefähr 20.000 verbliebenen deutschen Zivilisten vertrieben. Mehr als ein Drittel von ihnen verstarb in diesen Lagern.

3. Die Donauschwaben in Kroatien heute

Von dem Einschnitt, den Krieg und Verfolgung brachten, erholte sich die Gemeinschaft nur langsam. Viele unserer Mitglieder trauten sich über Jahre hinweg nicht, Deutsch zu sprechen oder zu ihrer Abstammung zu stehen. Erst ab 1990 wurde es der deutschen Minderheit überhaupt ermöglicht, sich zu organisieren. Damit haben wir dann auch direkt begonnen. Durch die große Zeitlücke, die zwischen 1945 und 1990 entstanden ist, haben wir im Bereich der Sprache zwei Generationen verloren. Deutsch ist nicht die Muttersprache der Großeltern, weil sie Angst hatten und noch immer haben, Deutsch zu reden.

Die Minderheit der Deutschen und Österreicher ist heute aber offiziell anerkannt und hat zusammen mit anderen Minderheiten einen Sitz im kroatischen Parlament.

Die größte Anzahl der verbliebenen Deutschen und Österreicher in Kroatien sammelt sich im Verein **Deutsche Gemeinschaft – Landsmannschaft der Donauschwaben in Kroatien** – mit Sitz in Osijek. Der Verein hat Zweigstellen in Zagreb, Split, Đakovo, Valpovo, Slavonski Brod, Požega und zahlreichen Baranjaer Ortschaften. Die Deutsche Gemeinschaft in Osijek ist ein Bürgerverein, der Angehörige der deutschen und österreichischen nationalen Minderheit versammelt, gegründet 1992 in Zagreb und 1997 in Osijek.

Die Gemeinschaft zählt rund 1.600 Mitglieder und zusätzlich 600 Freunde, die zwar keine deutsche/österreichische Abstammung haben, an den Aktivitäten der Deutschen Gemeinschaft aber sehr interessiert sind.

Die wichtigsten Programmpunkte und Aufgaben der Deutschen Gemeinschaft sind:

- die Herausgabe der viermal jährlich erscheinenden zweisprachigen Zeitschrift „**Njemačka riječ/Deutsches Wort**“ für alle Deutschen und Österreicher in Kroatien,
- **die Organisation der bereits seit 22 Jahren durchgeführten wissenschaftlichen Tagung „Deutsche und Österreicher im kroatischen Kulturkreis“**. Sie versammelt angesehene kroatische Wissenschaftler, Historiker und Fachleute, die durch ihre Forschungen lange verschwiegene geschichtliche Tatsachen über die Verdienste der Deutschen und Österreicher für die kroatische Kultur, Wissenschaft und Kunst aufklären,
- die Organisation des jährlichen Wissenschaftssymposiums „Deutsche und Österreicher im kroatischen Kulturkreis“, das als „**DG Jahrbuch**“ veröffentlicht wird,
- die jährliche **Publikation eines Buches** von dokumentarischer Bedeutung für die Deutschen und Österreicher auf dem Gebiet Kroatiens,
- **die Organisation des Internationalen Theaterfestivals in deutscher Sprache**, das junge deutschsprachige Laientheatergruppen (Kindergarten, Grund-, Mittelschulen bis Studenten) aus Rumänien, Ungarn, Slowenien, der Woiwodina, der Ukraine und Russland sowie aus ganz Kroatien versammelt, und kontinuierlich seit 2001 stattfindet,
- **die Aufrechterhaltung des Singchores „Alte Kameraden“**, der durch sein Repertoire das deutsche Lied pflegt und der erste Chor der Mitglieder der Deutschen Gemeinschaft aus Osijek ist,
- die kontinuierliche Organisation von **Kulturveranstaltungen**, Konzerten, Ausstellungen und Ausflügen,
- **das Angebot deutscher Samstagskurse** – ein Projekt des Sprachlernens für Kinder im Alter von 5 bis 11 Jahren,
- die Ermöglichung von Projekten zur **Kennzeichnung der Leidesstätten der Deutschen** im heutigen Kroatien: Bis jetzt wurden Denkmäler für die Opfer der Nachkriegstodeslager in Krndija, Zmajevac und des Lagers Valpovo aufgestellt,
- **Unterstützung in den Verfahren zur Rückerstattung** des enteigneten Besitzes der Deutschen,
- die Bemühungen zum **Erhalt der deutschen Sprache** (Förderung des Lernens der deutschen Sprache in Schulen, Deutschsprachkurse, Wettbewerbe in deutscher Sprache...).

Als autochthone nationale Minderheit hatten die Deutschen seit der Gründung der Republik Kroatien 1990 das Recht auf ihren Vertreter im kroatischen Sabor (Parlament). Nach den Parlamentswahlen 2003 wurde die große Gruppe

von zwölf nationalen Minderheiten von dem Deutschen Nikola Mak vertreten. Seit 2003 wurden Räte der deutschen nationalen Minderheit in der Osijeker-Baranjaer Gespanschaft, der Stadt Osijek und der Gemeinde Kneževi Vinogradi sowie Vertreter in Split, Zagreb und Beli Manastir gewählt. Auf diese Weise haben die Angehörigen der deutschen Minderheit die Möglichkeit, aktiv an der lokalen Selbstverwaltung teilzunehmen.

Abb.1: Einwohner deutscher Nationalität auf dem Gebiet des heutigen Kroatiens

Offizieller Name Kroatiens	Jahr	Anzahl der Deutschen
Sozialistische Republik Kroatien	1931	98.990
	1948	10.144
	1953	11.248
	1961	4.214
	1971	2.719
	1981	2.175
	1991	2.635
	2001	2.902
Republik Kroatien	2011	2.965

Zweck und Ziele der Deutschen Gemeinschaft – Landsmannschaft der Donauschwaben in Kroatien – können in den folgenden Punkten zusammengefasst werden:

1. Klärung geschichtlicher Tatsachen bezüglich der Beiträge der Deutschen und Österreicher auf dem Gebiet des heutigen Kroatiens – in kulturellem, wirtschaftlichem, politischem, religiösem und jedem anderen Sinne sowie Aufklärung der kroatischen Öffentlichkeit über diese Tatsachen,
2. Information über das tragische Schicksal unschuldiger deutscher Zivilisten, die nach dem Zweiten Weltkrieg umkamen, weil sie vom kommunistischen Regime zu Kollektivschuldigen für die Gräueltaten der Nazis erklärt wurden sowie Objektivierung der Rolle der Deutschen in Kroatien vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg,
3. Informationen zur Lage und zum Status der Donauschwaben zwischen dem Zweiten Weltkrieg und 1990,
4. Sammlung der vorhandenen Donauschwaben im Verein der Volksdeutschen Gemeinschaft sowie Durchführung von Projekten für diese Nationalminderheit,
5. Versammlung der Jugend – Nachfahren der Donauschwaben – durch Projekte für Jugendliche sowie deren Ermutigung, ihre eigene Minderheits- und Kulturidentität zu erkennen,

6. Bewahrung der Kultur-, Sprach- und Folkloretraditionen und Bräuche der Donauschwaben auf dem Gebiet von Slawonien und der Baranya,
7. Bemühungen zur Einführung bzw. Verbesserung der Lage der deutschen Sprache in Kindergärten, Grund- und Mittelschulen sowie Universitäten. Die deutsche Sprache soll ihren verdienten Platz zurückbekommen auf dem Gebiet von Ostkroatien, gleichberechtigt mit der englischen Sprache. Die Kenntnisse der deutschen Sprache sind neben der englischen Sprache ein wichtiger Faktor des zukünftigen wirtschaftlichen Fortschrittes, nicht nur für einzelne Personen, sondern für die ganze Region. Die deutsche Sprache ist eine geschichtliche Tradition Slawoniens und besonders der Stadt Osijek.



Bernard Gaida

POLEN

Schon in der Bezeichnung unserer Organisation „Verband der deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaften in Polen“ zeigt sich ein Problem, das wir in Polen haben. Wir konnten nicht „Verband der Deutschen“ heißen, mit diesem Namen konnte die Organisation nicht registriert werden. Alle unsere Verbände müssen das Attribut „sozial-kulturell“ haben, um registriert werden zu können, weil man dann hier nichts Politisches vermutet. Erst dann hat man das in Polen akzeptiert.

Ohne die Schilderung der Geschichte ist die Lage der Minderheiten in den einzelnen Ländern nicht verständlich. Polen unterscheidet sich geschichtlich von allen anderen Ländern, die in den vorherigen Referaten angesprochen wurden, dadurch, dass die Verbände der Deutschen in fast allen Gebieten anwesend sind, die bis 1945 zum Reich gehörten. Da sind keine Gemeinschaften, Gesellschaften und Vereine von Übersiedlern oder Siedlern in fremden Gebieten gewesen, sondern vom kerndeutschen Boden, auf dem wir die Grenze nicht überschritten haben, sondern die Grenze uns überschritten hat.

Alle diese Gebiete sind von der Geschichte her natürlich ein Feld, auf dem sich die slawische und die germanische Kultur lange Zeit begegnen. Schlesien war jahrhundertlang mit Böhmen in der Habsburgermonarchie verbunden, dann hat Preußen die habsburgischen Gebiete erobert – mindestens

bis an die schlesische Grenze im Süden, mit einigen Ausnahmen wie etwa Tropaup oder das Teschener Schlesien. Fast ganz Schlesien war ab dem 18. Jahrhundert preußisch. Das bedeutet selbstverständlich nicht, dass das frühere Gebiet der Habsburger kein deutsches Gebiet gewesen sei. Natürlich war es das.

Die ersten Veränderungen kamen nach dem Ersten Weltkrieg, nachdem die sogenannte Zweite Republik in Polen ausgerufen wurde. Die Gebiete, die damals zu Preußen gehörten, wurden Polen angeschlossen, auch im Rahmen von sogenannten Volksabstimmungen, z. B. in Oberschlesien. In den Gebieten, die zu Polen gehörten, sprach man zum ersten Mal offiziell über eine deutsche nationale Minderheit. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich die Lage dann grundlegend verändert. Auf der Karte des heutigen Polens sieht man, dass ganz Schlesien, mehr als die Hälfte Pommerns sowie Danzig und Ostpreußen seitdem zu Polen gehören, auch wenn das auf der Potsdamer Konferenz nicht ganz eindeutig geklärt wurde.

Zwischen 1944 und 1950 haben ungefähr 8,5 bis 10 Millionen Menschen diese Gebiete verlassen. Erste Gruppen sind vor der Front geflüchtet, andere kamen dann in verschiedene Lager. Es gibt seither große Unterschiede zwischen den Deutschen in Polen: wir haben z. B. Menschen, die bis zur Wende staatenlos, also ohne Staatsbürgerschaft waren. Sie haben die polnische Staatsangehörigkeit zuerst nicht bekommen, dann nicht angenommen, und erst nach der Wende konnten sie die deutsche Staatsangehörigkeit wieder erlangen. Aber solche Fälle haben wir nur in Niederschlesien und im Norden in Pommern, da man in diesen Gebieten unter der polnischen Verwaltung festgestellt hat, dass diese Menschen notwendig seien und nicht vertrieben werden sollten. In Waldenburg brauchte man die Deutschen in den Kohlegruben und Textilfabriken und in Pommern für große landwirtschaftliche Güter, die geblieben sind. Daher hat man die Grundschulbildung zunächst in deutscher Sprache organisiert.

In der gleichen Zeit hat man in Oberschlesien und Ostpreußen ein Verbot des Deutschunterrichts ausgesprochen, in Oberschlesien gab es keine einzige Schule mit Deutsch als Fremdsprache als Unterrichtsfach. Für die Verwendung der deutschen Sprache kam man bis ungefähr 1950 in ein Arbeitslager – es gab einige Hundert in Polen – und genauso war die Lage in Ostpreußen, dieses Verbot blieb bis 1989 gültig. Auch sogenannte Kulturhäuser durften keine Sprachkurse auf Deutsch organisieren. Ganz klar hat man versucht, die Oberschlesier, die Ermländer und die Masuren einfach zwangszupolonisieren. Eine Zeitspanne von zwei Generationen hat ausgereicht, um in dem Bereich der Sprache einen Erfolg zu haben d.h. in den Familien die deutsche Sprache als Alltagssprache auszurotten.

So sehen wir die Geschehnisse, die die Lage der Deutschen in Polen nach dem Zweiten Weltkrieg beeinflusst haben: Grenzverschiebung, Flucht und Vertreibung, Übersiedlung, die Assimilierungspolitik, Sprachverbot. Ich wurde 1958

geboren und habe das alles noch miterlebt. Die Eltern haben mit den Kindern zu Hause Deutsch gesprochen, aber auf der Straße mussten wir uns wie stumme Kinder verhalten. Wir durften nichts sagen, die Mutter konnte nie sicher sein, in welcher Sprache sich die Kinder äußern würden. Hätten wir das auf Deutsch getan, hätten die Eltern, aber auch die Kinder große Probleme bekommen. Die Beseitigung der deutschen Sprache in der Öffentlichkeit ging so weit, dass die polnische Administration und auch die Kirche im Prinzip auf den Friedhöfen, in den Kirchen usw. alle deutschen Inschriften beseitigt, und Denkmäler vernichtet hat, wenn da etwas auf Deutsch geschrieben war.

Das Bild der Deutschen wurde in der Bildung in Polen immer feindlich gezeigt. Das tausendjährige Verhältnis und die Geschichte zwischen Deutschen und Polen wurden in Schulbüchern stets als eine Geschichte des Konflikts dargestellt, was nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmt. So hat man es geschafft, dass in der polnischen Mehrheitsgesellschaft die einfache Zugehörigkeit zu einer deutschen Gruppe in der Gesellschaft zu Ausgrenzungen im sozialen Leben geführt hat. Der Eisernen Vorhang hat erreicht, dass Übertragungen von deutschsprachigen kulturellen Sendungen abgeschnitten wurden. Bis bei uns in den 1980er Jahren die Satellitenschüsseln Verbreitung fanden, hatten wir keinen Kontakt mit der lebendigen deutschen Sprache. Als Ergebnis dessen haben sehr viele Menschen aus der deutschen Minderheit große Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache.

Nun zu konkreten Zahlen: wir schätzen uns auf 300.000, größtenteils in Schlesien, Pommern, Westpreußen, im ehemaligen Ostpreußen, aber auch auf Gebieten wie Großpolen, um Lodsch/Lodz etwa, wo wir auch Vereine haben. In diesen Gebieten sind natürlich die Organisationen bzgl. der Größe und den Traditionen unterschiedlich, so dass wir entschieden haben, einen Dachverband zu gründen. 300.000 ist eine Schätzung, wir haben in den verschiedenen Vereinen ungefähr 80.000 beitragszahlende Mitglieder, das sind die festen Zahlen. Wir führen unsere Tätigkeit in fast 500 Begegnungsstätten in ganz Polen aus; in der Volkszählung 2011 hatten wir ungefähr 150.000 Menschen, die ihre deutsche Zugehörigkeit deklariert haben. Ungefähr die gleiche Anzahl hatten wir im Jahre 2002. 132 Ortsgruppen gibt es in der schlesischen Kattowitz-Gegend, ca. 330 in der Oppelner Gegend, woher auch ich stamme. Im Norden kommen noch 26 im südlichen Ostpreußen dazu, sonst ist es eine Diaspora. Nur in Oberschlesien haben wir Gemeinden, in denen die Anzahl von Deutschstämmigen über 20% liegt. Es gibt eine einzige Gemeinde, in der diese 40% ausmachen. In den Gemeinden mit über 20% haben wir auch das Recht, zweisprachige Ortsschilder aufzustellen (25 solcher Gemeinden befinden sich in der Oppelner-, weitere zwei in der Kattowitz-Gegend.)

Wir sind seit 1990 politisch aktiv, seit den ersten demokratischen Parlamentswahlen in Polen. Wir haben seitdem auch immer Vertreter im Sejm und zwar sieben Vertreter am Anfang, heute nur noch einen, Richard Galla. Unterschiede

in den Zahlen ergeben sich daraus, dass die Grenzen der Wahlkreise manipuliert wurden, um etwa einen Wahlerfolg in der Wojewodschaft Schlesien unmöglich zu machen. Wir bereiten uns nun intensiv auf die Kommunalwahlen in zwei Wochen vor. Momentan haben wir 23 Bürgermeister in den Gemeinden, die aus den Listen der deutschen Minderheit gewählt wurden, mehrere Gemeindevorsteher und Gemeinderatsmitglieder, wir haben sechs Vertreter in dem 30-köpfigen Sejmik, in dem wir die zweitgrößte Gruppe sind. Deswegen haben wir auch einen Vizemarschall. In der gemeinsamen Kommission der Regierung und aller 13 Minderheiten Polens ist unser Vertreter Rafael Bartek der Ko-Vorsitzende neben dem Vizeminister.

Den polnischen Gesetzen gemäß sollen die Minderheitensprachen auf drei verschiedenen Stufen im Schulsystem eingeführt werden – drei bis vier zusätzliche Stunden pro Woche, zweisprachiger Unterricht – also Bilingualität – oder Unterricht in der Sprache der Minderheit. In allen möglichen Schulstufen besuchen über 40.000 Schüler den Unterricht der deutschen Sprache als Minderheitensprache. Aber zu 98% sind das Schulen auf der ersten Stufe, also drei bis vier zusätzliche Stunden Deutsch pro Woche. Die Zahl der Schulen mit Deutsch als Minderheitensprache (keine deutschen Schulen), zeigt eine relativ gute Entwicklung. In den Grundschulen sind es in den letzten Jahren etwas weniger Schüler; in den Lyzeen haben wir Schwierigkeiten, da beim Abitur Schüler, die Deutsch als Minderheitensprache gelernt haben, eine zusätzliche Prüfung in diesem Fach ablegen müssen, dazu kommt dann bei ihnen noch eine Fremdsprache. Viele möchten das umgehen.

Es gibt auch andere Bildungsprojekte, z. B. Spracholympiaden; wir versuchen, zusätzlich etwas zu tun, weil die Qualität als muttersprachlicher Unterricht im öffentlichen Schulsystem unserer Meinung nach trotz der großen Veränderungen nach der Wende zu schwach ist. Es müssen immer sieben Eltern erklären, dass sie das Angebot in Anspruch nehmen, in den Oberschulen müssen es sogar 14 Schüler sein. Erst dann ist der Schuldirektor verpflichtet, den Deutschunterricht zu organisieren. Für die zwei Generationen, die keinen Deutschunterricht hatten, organisieren wir Sprachkurse bei uns in der Gesellschaft, zu denen Erwachsene kommen.

Nach der Wende haben wir angefangen, Schulen in eigener Trägerschaft zu organisieren, diese sind jetzt bilingual, d.h. mindestens drei bis vier Fächer werden auf Deutsch unterrichtet. Wir machen auch Samstagskurse, um die Lücke etwas zu schließen. Es werden auch Kulturprojekte veranstaltet. In den Orten, in denen es die meisten etablierten Gruppen gibt, ist auch das Angebot am größten. Das Kulturfestival der deutschen Minderheit findet alle drei Jahre statt, das nächste am 26. September 2015 in der Jahrhunderthalle in Breslau. Es wird ein großartiges Erlebnis: Wir erwarten 9.000 deutschstämmige Menschen aus ganz Polen, den ganzen Tag wird es auf der Bühne Vorführungen aus den Reihen der deutschen Minderheit geben.

Wir haben in den Siedlungsgebieten der Deutschen keine einzige Schule mit Deutsch als Unterrichtssprache. Die einzige Auslandsschule, die von Deutschland unterstützt wird, befindet sich in Warschau. Warschau gehört nicht zum traditionellen Siedlungsgebiet der Deutschen. Die fehlende Akzeptanz des Deutschen hat auch mit den Schulprogrammen zu tun. Doch haben wir materielle Sorgen. Uns fehlt durch die deutliche Auswanderung nach Deutschland der Nachwuchs. Alle unsere Mitglieder haben einen deutschen Pass, den Jugendliche im Alter von 18 Jahren bekommen können. Durch die EU-Mitgliedschaft verlassen sie Polen meist sofort.

Die Identität erlebt eine Wandlung. In Schlesien etabliert sich z. B. eine Idee der schlesischen nationalen Identität – keine deutsche, keine polnische. Um Probleme zu vermeiden, haben beide Regierungen einen Runden Tisch zusammengerufen, mit dem wir aber immer weniger zufrieden sind. Das ist ein Gremium, in dem die Polonia aus Deutschland, die deutsche Minderheit aus Polen und die beiden Regierungen sitzen.

Wir sollen auch eine neue Bildungsstrategie ausarbeiten. Die Regierung sagt zwar, dass sie eine neue Bildungsstrategie herausgearbeitet habe, aber wir haben sie abgelehnt und akzeptieren sie nicht, weil weder Geld zur Verfügung gestellt noch Maßnahmen ausgearbeitet wurden, um sie zu realisieren. Museale Präsentation klingt zwar etwas altmodisch, doch sie ist sehr wichtig, weil in keinem Museum Polens eine Ausstellung über die Vertreibung der Deutschen zu finden ist – als ob die Deutschen da nie gelebt hätten. Dass sie dort waren, ist in den Museen zu sehen, z. B. in Breslau, aber wieso sie nicht mehr da sind, wird nicht thematisiert.

Unsere Probleme haben wir in Berlin gemeldet. Wichtig ist die Finanzierung. Für den Erhalt der Strukturen haben wir direkte Zuschüsse verloren, wie das andere vor mir ähnlich geschildert haben. Diese 500 Begegnungsstätten, die ich erwähnt habe, finanzieren wir aus Rückflussmitteln. Die eigene Stiftung gibt Kredite und Darlehen an die Wirtschaft, und von den Rückflussmitteln konnten wir jahrelang diese große Zahl von Begegnungsstätten halten. Leider sind die Zinsen jetzt so niedrig, dass das nicht ausreicht. Wir brauchen das Kapital der Stiftung auf und werden 2017 ohne finanzielle Mittel sein.

Wir kennen alle den Koalitionsvertrag zwischen der CDU und der SPD. Das Geld der Stiftung ist unsere Kernquelle für die Förderung, den Erhalt und die Unterstützung unserer Struktur. Wir haben außerdem drei weitere Institutionen, die uns eine sehr wichtige Hilfe sind, aber lediglich in Projekten. Wir können davon also keine Schule aufrechterhalten. Dennoch haben wir letztes Jahr eine neue Schule in Goslawitz (Gemeinde Guttentag) eröffnet – ohne eine Finanzierung seitens des deutschen oder polnischen Staates. Also haben wir wieder unser Kapital belastet.

Wir verfügen über acht Printmedien, zehn regelmäßige Radiosendungen, ein TV-Programm, Webseiten und Facebook-Fanpages. Im Prinzip haben wir 280 Minuten Sendezeit in der Woche beim Radio; bei den öffentlichen Medien müssen wir nicht bezahlen. Das Wochenblatt muss allerdings wegen des Sprachverlustes zweisprachig gestaltet werden, d.h. aber nicht, dass wir alle Artikel übersetzen. Seit drei Jahren haben wir auch eine zweisprachige Beilage „Heimat“ in einer normalen polnischen Zeitung, die alle Abonnenten in der Oppelner Gegend bekommen. Das Internetportal der Deutschen finden Sie unter www.vdg.pl. Was die Zukunft der Medien betrifft, dürfen wir nicht vergessen, dass die Bundesdeutschen eine wichtige Zielgruppe sind. Die politisch korrekten Zeitungen Deutschlands werden nie über die deutschen Minderheiten im Ausland berichten. Das ist zu gefährlich, deswegen lassen sie dieses Thema aus. Die einzige Quelle, in der ein Bundesdeutscher sich über die deutschen Minderheiten informieren kann, sind die Minderheitenmedien.

Aber wir haben auch unsere Probleme: An Orten, an denen sich die deutsche Minderheit trifft, findet man in der Öffentlichkeit öfters Hakenkreuze, etwa auf Wahlplakaten. Bei der Eröffnung einer Schule wurde sogar sofort über die Germanisierung polnischer Kinder gesprochen. Auch ein Kleinbus von Jugendlichen wurde im Rahmen einer Demonstration mit einem Hakenkreuz bemalt. Das sind Tatsachen, die auf der Ebene der Politik oft nicht gesehen werden. Mit der Akzeptanz haben wir immer noch Schwierigkeiten. Ein Bürgermeister, der von der deutschen Liste kandidiert hat, wurde dieses Jahr brutal ermordet. Man kennt die Gründe nicht, aber die Polizei sagt immer wieder, dass keine Spuren gefunden wurden. Wir haben auch Gemeinden, in denen die Ratsmitglieder das Aufstellen von zweisprachigen Ortsschildern blockiert haben. Es gibt auch ein Parteiprogramm, nämlich das der PIS-Partei, unseres Gegners, in dem an erster Stelle steht, dass sich die Deutschen aus der Regierung des Oppelner Landes zu entfernen hätten.



Rudolf Weiss

SERBIEN

Nach der Volkszählung von 1941 lebten 558.000 Deutsche im damaligen Königreich Jugoslawien. Der Zweite Weltkrieg wurde dann ein Opfergang auch für die deutsche Volksgruppe in Jugoslawien: Massenmord, Enteignung, Entrechtung, Verschleppung und Vertreibung.

Nach der Volkszählung aus dem Jahr 2011 gibt es heute in Serbien 4.064 Deutsche, davon allein in der Provinz Woiwodina 3.272.

Das Minderheitengesetz der Republik Serbien von 2002 hat uns als nationale Minderheit anerkannt. Unser Verband begrüßt dieses Gesetz, weil damit Serbien einen Schritt nach Europa gemacht hat.

Unsere Organisation ist der „Deutsche Volksverband – Verband der deutschen Minderheit in Serbien“. Der Verband wurde im Dezember 1996 ins Leben gerufen und im März 1997 vom zuständigen Ministerium anerkannt. Mit Sitz in Subotica ist der Deutsche Volksverband in ganz Serbien aktiv. Subotica liegt 10 km von der serbisch-ungarischen Grenze entfernt. Der Verband hat eine eigene Bibliothek, eine eigene Gesangsgruppe und eine deutschsprachige Jugend-Theatergruppe. Wir sind auch über Facebook (<https://www.facebook.com/pages/Deutscher-Volksverband-Deutsche-Minderheit-in-Serbien>) erreichbar, und seit dem 25. Dezember 1998 hat unsere deutschsprachige Rundfunksendung „Unsere Stimme“ ihren Betrieb aufgenommen.

Unsere Zuhörer können uns seit nunmehr 16 Jahren jeden Freitag auf der Welle von Radio Subotica von 19.30 Uhr bis 20.00 Uhr auf UKW 89,6 Megahertz hören. Am 3. Oktober 2014 wurde die 760. Sendung ausgestrahlt. Die Sendung informiert ihre Zuhörer über die wichtigsten Ereignisse der hier lebenden deutschen Gemeinschaft. Die Kultur, Sitten und Bräuche, die Geschichte der hiesigen Donauschwaben, die deutsche Sprache und Literatur, Umweltschutz, Schulwesen und Wissenschaft stehen im Mittelpunkt. Über die Arbeit des Deutschen Volksverbandes wird aus erster Hand berichtet. An Kinder und Jugendliche richtet sich die Rubrik "Die Minuten für Kinder und Jugendliche".

Ziel der Sendung ist die Bewahrung der nationalen und kulturellen Identität. Unsere Sendung soll ein Symbol für die geistige Wiedergeburt der hiesigen Deutschen sein.

Die weiteren Ziele des Deutschen Volksverbandes sind:

- Schutz der Interessen der deutschen Minderheit in Serbien,
- Erhaltung der deutschen Identität,
- Pflege der deutschen Sprache, der Sitten und Kultur,
- Entwicklung und Unterstützung der guten Beziehungen zwischen den Deutschen und anderen Völkern in Serbien.

Entwicklung und Unterstützung der guten Beziehungen zwischen den Deutschen und anderen Völkern in Serbien

Das friedliche Zusammenleben von mehreren Nationen in der Stadt Subotica in der Provinz Woiewodina in Serbien besteht nicht nur auf der theoretischen Ebene. Das Zusammenleben ist tägliche Praxis. Die gute Zusammenarbeit mit den in diesem Raum lebenden anderen 25 Nationalitäten sichert das Weiterbestehen der deutschen Volksgemeinschaft. Unser Deutscher Volksverband pflegt gute Kontakte mit anderen Nationalitäten in Subotica und ganz Serbien. Dafür gibt es konkrete Beispiele:

Im Jahr 2008 wurde das „Forum für den Dialog zwischen Juden und Deutschen in Serbien“ – ebenfalls mit Hauptsitz in Subotica – gegründet. Die „Allianz der Vereine der nationalen Gemeinschaften in Subotica“ gründete sich im Februar 2014 mit dem Deutschen Volksverband als einem der Gründungsmitglieder. Das Protokoll über die Gründung haben folgende Volksgruppen unterzeichnet: Kroaten, Magyaren, Roma, Ruthenen, Juden, Makedonier, Bosniaken, Montenegriener, Bunjewatzen und Deutsche. Im April 2014 wurde, ebenfalls in Subotica, der „Freundschaftsverein der Deutschen, Kroaten und Italiener in Serbien“ ins Leben gerufen. Hauptsitz des Vereins ist auch unser Deutsches Haus in Subotica.

Zur Situation der deutschen Minderheitensprache in Serbien

In Serbien besteht keine rechtliche Grundlage, die deutsche Sprache gegenüber den Verwaltungsbehörden zu benutzen, da sie nicht gesetzlich als Min-

derheitensprache anerkannt ist. Positiv ist lediglich, dass die Angehörigen der Volksgruppe ihre Familiennamen offiziell in der deutschen Sprache führen können.

Es gibt keine deutschsprachigen Kindergärten und Schulen (hier eine Bemerkung: unsere Volksgruppe lebt sehr verstreut in der Woiwodina; wir fordern daher die Einführung des Unterrichtsfachs „Pflege der deutschen Muttersprache und Kultur“ für die jungen Angehörigen unserer Volksgruppe). Es gibt kein Lehrfach „Deutsch als Muttersprache“, aber „Deutsch als Fremdsprache“ können die Schüler in der Woiwodina lernen. Generell wird in der Provinz an den Schulen Englisch als erste und Deutsch als zweite Fremdsprache unterrichtet. Insgesamt 15% der Schüler lernen Deutsch. Eine Ausnahme ist die Gemeinde Subotica, in der 22% der Schüler Deutsch als Fremdsprache lernen.

Zur Situation der deutschen Muttersprache in Serbien

Die Muttersprache ist eine Voraussetzung für unser Weiterbestehen als deutsche Volksgruppe. Die deutsche Muttersprache bildet eine Brücke zu den kulturellen Werten, Bräuchen, Sitten und Traditionen der deutschen Nation. Wenn wir Muttersprache sagen, dann denken wir an Hochdeutsch, denn 90% der Kinder und Jugendlichen beherrschen die Mundart nicht mehr. Zwar schätzen wir diese auch als unsere Muttersprache, aber nur Menschen über 60 Jahre können heute noch Mundart sprechen. Es existiert noch eine sogenannte „Mischmundart“ – in der Batschka und im Banat sprechen die Menschen allerdings schon pfälzisch, während die alten Donauschwaben sich auf „Schwoisch“ unterhielten. Wir müssen aber leider feststellen, dass unsere Mundarten nach und nach aussterben.

Zur Lage der deutschen Muttersprache in der Woiwodina kann auch die Statistik Auskunft geben: Aufgrund der Statistik und nach Umfragen, die von unserem Verband mit 400 beauftragten Deutschen zusammengestellt wurden (entspricht 10% der gesamten deutschen Bevölkerung in Serbien), stellt sich die Lage wie folgt dar:

Allgemeine statistische Angaben über die Deutschen in Serbien

Nach Geschlecht:	Männer: 47,6% Frauen: 52,4%
Nach Alter:	18-30 Jahre: 21,3%
	31-60 Jahre: 44,2%
	älter als 60 Jahre: 34,5%
Nach Bildung:	Grund- und Hauptschule: 29,1%
	Mittelschule: 58,4%
	Universität, Hochschule: 12,5%
	(Landesdurchschnitt der Gesamtbevölkerung in Serbien mit Universitäts- und Hochschuldiplom 8%)

Nach Religion:	katholisch: 82,0%
	evangelisch: 15,1%
	reformiert: 2,2%
	andere: 0,7%

Deutsche Sprachkompetenz der deutschen Minderheit in Serbien

Spricht und versteht Deutsch:

sehr gut:	7% (oder 28 Deutsche von 400)
gut:	24% (oder 96)
reicht für ein einfaches Gespräch:	23% (oder 92)
nur einzelne Wörter:	46% (oder 184)

Es ist bedauerlich, dass 46% der deutschstämmigen Bürger in Serbien sich nicht an einer Unterhaltung in ihrer Muttersprache beteiligen können. Daher richtet sich unser Ziel der Rückgewinnung der verlorenen Muttersprache gerade an diese 46%. Wir wollen die deutsche Sprache wieder in die deutschen Familien zurückführen.

Vor allem unsere Kinder sollen die deutsche Sprache sehr gut beherrschen. Unser Deutscher Volksverband organisiert für die Teilnehmer kostenlose Deutschsprachkurse für Kinder und Erwachsene. Wir bieten außerdem ein umfangreiches Programm mit deutscher Musik, Filmen, Vorträgen, Lesungen und Buchpräsentationen an. So können die Kinder eine emotionale Bindung zur deutschen Muttersprache und Kultur entwickeln.

Für Erwachsene organisieren wir regelmäßig (z. B. in Subotica, Mitrowitz und vielen anderen Städten) deutsche Messen und Gottesdienste in der katholischen und in der evangelischen Kirche. Unsere eigene Bibliothek umfasst mittlerweile mehr als 7.000 deutsche Titel. Außerdem haben wir im Verband eine deutschsprachige Jugend-Theatergruppe, und unsere Gesangsgruppe „Lorelei“ pflegt deutsche Volkslieder.

Das von Deutschland in Subotica gekaufte und renovierte Haus wurde als „Deutsches Kulturhaus“ dem Deutschen Volksverband zur Verfügung gestellt. Das Deutsche Haus hat sich zum Mittelpunkt der Deutschen in der Woiwodina entwickelt. Unser Ziel ist es, den Kindern das Kennenlernen der deutschen Kultur und Sprache zu ermöglichen. Wir werden unser Engagement in dieser Richtung fortführen, da wir es als Pflicht erachten, unserem Nachwuchs eine Zukunft mit deutscher Identität zu sichern.

Die bereits erwähnten Voraussetzungen sind sehr wichtig für die Bewahrung der deutschen Volksgruppe in Serbien. Doch der wichtigste Grund für Optimismus sind die ungebrochene Entschlossenheit und der Wunsch nach Erhaltung von Sprache, Kultur und Brauchtum. Diese Entschlossenheit ist – ungeachtet

aller Schwierigkeiten - die starke Grundlage für die Bewahrung der deutschen Identität in der Republik Serbien.

Verzeichnis der Autoren und Herausgeber

Bernard Gaida

Geboren wurde Bernard Gaida am 10. September 1958 in Guttentag/Dobrodzień. In Posen/Poznan studierte er bis 1982 an der Hochschule für Landwirtschaft sowie an der theologischen Fakultät der Universität Posen. Die ersten demokratischen Kommunalwahlen in Guttentag führten zu der Berufung zum Vorsitzenden des Stadtrates. Danach wurde er für die Jahre 1998 bis 2002 zum Vorsitzenden des Kreistags Rosenberg/Olesno gewählt. Bernard Gaida vertritt im Rahmen der Selbstverwaltung die deutsche Minderheit in Polen und setzt sich in dieser Funktion für die deutsch-polnische Zusammenarbeit ein. Vor allem engagiert er sich in regionalen Programmen wie der Entwicklung von Strategien zur Förderung von Partnerschaften. Zudem ist er seit 2009 Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaften in Polen und führte die deutsch-polnischen Gespräche im Rahmen des sog. „Runden Tisches“. Gaida war 2011 Initiator des Treffens von Künstlergruppen ethnischer und nationaler Minderheiten in Polen und wurde u.a. mit dem Silbernen Verdienstkreuz der Republik Polen ausgezeichnet.

Dr. Zsuzsanna Gerner

Zsuzsanna Gerner wurde am 14. September 1963 in Szekszárd geboren. Nach der Absolvierung ihres Germanistikstudiums an der Humboldt Universität zu Berlin war sie korrespondierende Aspirantin an der Ungarischen Akademie der Wissenschaften. Von 1987 bis 1998 war sie als Hochschulassistentin in Pécs/Fünfkirchen tätig, bevor sie im Jahr 1988 mit einem einjährigen DAAD-Stipendium in Heidelberg studierte. Zwischen 1993 und 1998 arbeitete Gerner als Doktorandin an der Philosophischen Fakultät des Germanistischen Instituts der Eötvös-Loránd-Universität in Budapest. Gerner promovierte in germanistischer Sprachwissenschaft im Jahre 1999. Von 1998 bis 2005 arbeitete sie zudem als wissenschaftliche Oberassistentin an der Philologischen Fakultät der Universität Pécs. Hier wurde sie zunächst im Jahr 2005 Dozentin, ab 2006 dann Lehrstuhlleiterin der Philosophischen Fakultät. Seit 2009 ist Gerner Vizedekanin der Philosophischen Fakultät der Universität Pécs, seit 2012 bekleidet sie dort außerdem das Amt der Pro- und Studiendekanin. Im Jahre 2012 wurde sie habilitierte Dozentin an der Eötvös-Loránd-Universität. Seit 2014 ist Gerner die Honorarkonsulin der Bundesrepublik Deutschland in Pécs und arbeitet zudem seit 2015 als Institutsdirektorin am Germanistischen Institut der Universität Pécs.

Otto Heinek

Am 6. Februar 1960 im südungarischen Mohács geboren, erlangte Otto Heinek 1978 die allgemeine Hochschulreife am Klara Leőwey Gymnasium und absol-

vierte im Anschluss daran seinen Wehrdienst in der ungarischen Armee. Von 1979 bis 1983 studierte Heinek an der Pädagogischen Hochschule in Pécs/Fünfkirchen und beendete sein Studium als Diplomallehrer für deutsche und ungarische Sprache und Literatur. Ein Jahr später zog er nach Budapest und studierte dort Journalistik. Von 1983 bis 1990 war er als Mitarbeiter der ungarndeutschen deutschsprachigen Wochenzeitung „Neue Zeitung“ tätig, außerdem arbeitete er als freier Mitarbeiter beim Ungarischen Rundfunk. Von 1990 bis 1998 war Otto Heinek im öffentlichen Dienst beamtet, zunächst als Regierungsrat, 1995 als Hauptabteilungsleiter und daran anschließend als stellvertretender Vorsitzender im Regierungsamt für nationale und ethnische Minderheiten. Seit 1999 bereits steht Otto Heinek der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen als Vorsitzender vor. Zuletzt ist er 2014 erneut im Amt bestätigt worden.

Benjamin Józsa

Benjamin Józsa wurde am 3. Oktober 1973 in Hermannstadt/Sibiu, Rumänien, geboren. Nach einer Ausbildung zum Grundschullehrer (1988-1993) arbeitete er sechs Jahre an einer Grundschule in seiner Heimatstadt. In den Jahren 2000 bis 2004 wechselte er an die Philologische Fakultät der Lucian-Blaga-Universität in Hermannstadt und studierte Germanistik und Romanistik. Zeitgleich war er als Pressereferent für den Vorsitzenden und Referent des Abgeordnetenbüros des Demokratischen Forums der Deutschen (DFDR) in Rumänien tätig. 2006 wurde er Geschäftsführer des Siebenbürgenforums. Ferner wurde er zu diesem Zeitpunkt Verlagsleiter des Honterus-Verlags in Hermannstadt. Im Jahr 2014 kehrte er zurück zum DFDR und wurde Geschäftsführer. Schon früh engagierte Józsa sich politisch. Von 1991 bis 1997 war er Mitglied des Vorstands des Jugendforums der Deutschen in Hermannstadt (JFDH). Seit 2005 übernahm Józsa auch journalistische und publizistische Tätigkeiten als regelmäßiger Mitarbeiter der „Allgemeinen Deutschen Zeitung für Rumänien“. Ausgezeichnet wurde er u.a. mit dem Nationalen Orden Rumäniens „Für treue Dienste“. Józsa ist verheiratet und hat eine Tochter.

Ján König

Ján König wurde am 9. Juli 1953 in Schmölnitz Hütte/Smolnicka Huta in der Slowakei geboren. Er stammt aus einer zu den Karpatendeutschen gehörenden Familie. Nach der Schulausbildung begann er eine Lehre im Bereich Maschinenbau, in dem er bis zur Wende 1989 tätig war. Danach gründete König ein Kleinunternehmen, welches unter anderem Bodenbeläge vertrieb. Nach der Wende widmete er sich dem Verein der Karpatendeutschen in der Slowakei, dessen Arbeit er maßgeblich unterstützte. Im Jahr 2004 wurde er zum Vorsitzenden des Vereins der Karpatendeutschen gewählt. Aus diesem Grund ist er seitdem auch für Programme der Bundesrepublik Deutschland zuständig, die Wirtschaftshilfe für Kleinunternehmer in der Slowakei leisten. Zudem ist er seit 45 Jahren Orgelspieler in der evangelischen Kirchengemeinde. König ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Hans Dieter Korbelt

Hans Dieter Korbelt wurde am 11. Juni 1941 in Troppau/Opava geboren. Nach einer Ausbildung zum Elektriker sowie Militärdienst machte er sein Fachabitur und legte 1998 an der Hochschule für Ökonomie in Bratislava/Preßburg sein Staatsexamen ab. Bis zum Ruhestand im Jahr 2002 war er in einer Hausverwaltung tätig. Von 1990 an widmete Korbelt sich den deutschen Minderheiten in der Tschechischen Republik. Er gründete 1991 den ersten Verband der verbliebenen Deutschen im ehemaligen Österreich-Schlesien. Zudem baute Korbelt durch die Mitwirkung bei der Gründung der Landesversammlung der Deutschen in Böhmen seine Bemühungen für die deutschen Minderheiten aus. Dies zeigt sich auch in dem Aufbau eines Begegnungszentrums in Troppau. Im September 2014 wurde er als Vorsitzender des Schlesisch-Deutschen Verbandes wiedergewählt. Hans Dieter Korbelt ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Zorislav Schönberger

Zorislav Schönberger wurde am 18. Dezember 1941 in Essegg/Osijek geboren. Nach dem Abitur studierte er an der Chemisch-technologischen Fakultät der Technischen Universität in Zagreb. Anschließend nahm er unterschiedliche Positionen als Chemie-Ingenieur in der Chemie- und Seifenfabrik „Saponia“ in Osijek ein. Seit 2005 engagiert er sich als Vorsitzender der Deutschen Gemeinschaft – Landsmannschaft der Donauschwaben in Kroatien. Dort vertritt er die deutschen Minderheiten. Schönberger hat drei Kinder und lebt in Essegg/Osijek.

Frank Spengler

Nach Bundeswehr und Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Marburg mit Abschluss als Diplom-Volkswirt war Frank Spengler, geboren am 2. Februar 1955 in Ziegenhain, zunächst Mitarbeiter im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Marburg, Abteilung Wirtschaftspolitik. Von 1981 bis 1996 war er Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung zunächst in Tansania, später in Simbabwe und schließlich in Südafrika. Zwischen 1989 und 1990 war er zusätzlich Projektkoordinator der Stiftung in Sambia, zwischen 1988 und 1992 zudem auch Koordinator für das wirtschaftspolitische Sonderprogramm der Stiftung in Afrika. Nach 1996 leitete er bis 1999 die Abteilung Nordamerika/Europa/Japan des Arbeitsbereichs Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Von 1999 bis 2004 war er als Leiter der Außenstelle Prag/Tschechische Republik und des Verbindungsbüros Bratislava/Slowakische Republik der Stiftung tätig. Zwischen 2004 und 2006 war er Leiter des KAS-Büros in Ankara/Türkei. Danach bekleidete er bis 2012 den Posten des stellv. Leiters der Abteilung Internationale Zusammenarbeit (später Europäische und Internationale Zusammenarbeit). Seit 2012 ist er Leiter des Auslandsbüros Ungarn der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Klaus Weigelt

Geboren wurde Klaus Weigelt am 14. Mai 1941 in Königsberg. In Hamburg legte er 1961 das Abitur ab und war im Anschluss daran bis 1964 bei der Bundes-

wehr tätig, zuletzt als Oberleutnant der Reserve. Von 1964 bis 1971 schließlich nahm Weigelt seine Studien der evangelischen Theologie, Pädagogik, Volkswirtschaftslehre und Soziologie in Hamburg, Tübingen und Freiburg i. Br. auf und beendete diese als diplomierter Volkswirt. Ab 1967 war er auch Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung. 1971 begann sein beruflicher Werdegang bei der Konrad-Adenauer-Stiftung, zunächst als Seminar-, Studien- und stellvertretender Akademieleiter im Bereich Politische Bildung der Akademie Schloss Eichholz, dann von 1975 bis 1981 als Landesbeauftragter der KAS in Caracas/Venezuela. Von 1981 bis 1992 leitete Weigelt die Politische Akademie der KAS in Eichholz. Von 1992 bis 1998 bekleidete er den Posten des Leiters des KAS-Büros in Brüssel. Im Anschluss daran war Weigelt Hauptabteilungsleiter im internationalen Bereich für Europa, Japan und die USA sowie Leiter des Vorstands- und Kommunikationsbereichs der KAS. Zuletzt leitete Weigelt das Auslandsbüro Ungarn der Konrad-Adenauer-Stiftung, von wo er 2006 in den Ruhestand verabschiedet wurde. Von seinen zahlreichen Ehrenämtern sind vor allem der Vorsitz der Stiftung Königsberg im Stiftverband für die deutsche Wissenschaft (seit 2003) und die Stiftung Deutsche Kultur im östlichen Europa-OKR zu nennen, der Weigelt seit 2010 als Präsident vorsteht.

Rudolf Weiss

Rudolf Weiss wurde am 20. April 1964 in Franzisdorf/Novi Becej im Banat in Serbien geboren. Nach dem Abitur schloss er sein Studium in Geschichtswissenschaften ab und nahm eine Position als Oberstudienrat einer Schule ein. Seit 1990 ist er Mitglied des Vereins der Deutschen und Österreicher in Esseg. Der Deutsche Volksverband in Serbien wurde von ihm im Dezember 1996 gegründet. Zudem ist Weiss journalistisch tätig: Als Gründungsmitglied engagiert er sich seit 2001 im Funkforum der deutschsprachigen Rundfunksendungen in Mittel- und Südosteuropa. Rudolf Weiss ist verheiratet und Vater zweier Töchter.

